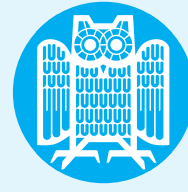
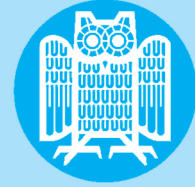
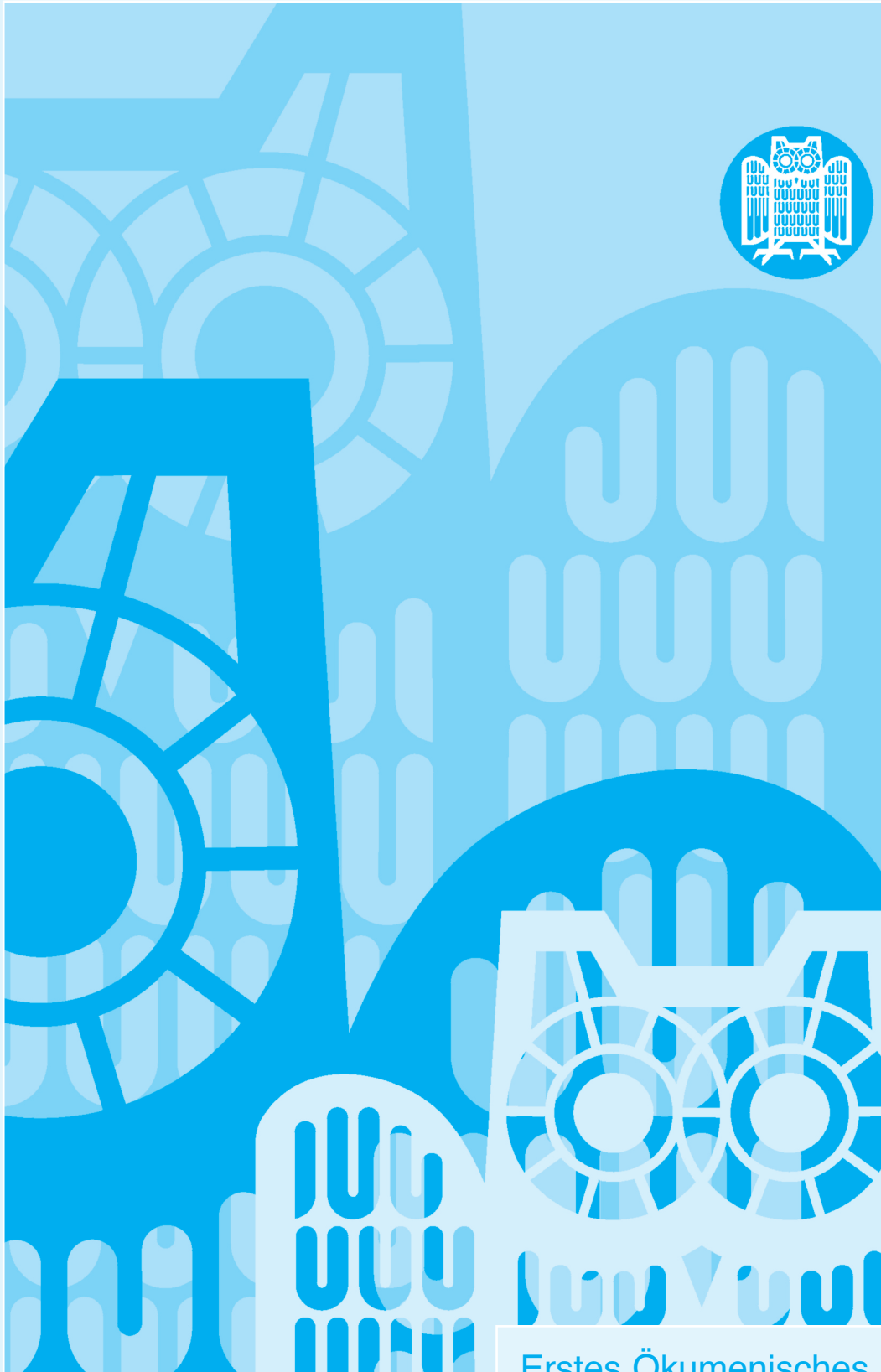


Fachrichtung Evangelische Theologie



UNIVERSITÄT
DES
SAARLANDES



Saarbrücker Religionspädagogische Hefte 13

Erstes Ökumenisches
Sozial- und Wirtschafts-
forum Saar

Am 26. November 2010 fand das erste „Ökumenische Sozial- und Wirtschaftsforum Saar“ statt. Vorbereitet wurde es von einer Arbeitsgruppe, deren Mitglieder aus folgenden Institutionen, Vereinen, Initiativen stammen:

- „Ökumenisches Netz Rhein – Mosel – Saar“,
- Evangelische Akademie im Saarland,
- Katholische Arbeitnehmer-Bewegung (KAB), Landesbezirk Saar,
- Pax Christi im Bistum Trier,
- Katholikenrat im Bistum Trier
- Katholische Erwachsenenbildung, Fachstelle Saarbrücken,
- Evangelische Arbeitsstelle Bildung und Gesellschaft der Evangelischen Kirche der Pfalz (Protestantische Landeskirche),
- Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ), Landesstelle Saar.

Die Arbeitsgruppe hat zudem mit der Arbeitskammer des Saarlandes und dem Saarland Sozialgipfel kooperiert. Eingang in ein Saarbrücker Religionspädagogisches Heft hat die Veranstaltung aber nicht nur wegen dieser großen Zahl engagierter Beteiligter und wegen der hochkarätigen Referenten gefunden, sondern in erster Linie, weil das Thema des Forums auch für den Religionsunterricht und religiöse Bildung überhaupt von großer Dringlichkeit ist. Das Streben nach Gerechtigkeit in wirtschaftlichen Zusammenhängen, die Reflexion auf

die Globalisierung und ihre Folgen, die Positionierung angesichts sozialer Spannungen – diese wirtschaftsethischen Herausforderungen sind auch für Schülerinnen und Schüler durchaus eine Nagelprobe darauf, ob Christinnen und Christen es ernst meinen mit der biblischen Botschaft.

Die Dokumentation stellt die Beiträge des Forums für die Weiterarbeit der Teilnehmer und Teilnehmerinnen zur Verfügung. Den Leserinnen und Lesern, die nicht dabei waren, dient sie als Hinführung zur Thematik.

Im Anhang hat Janine Schwab, studentische Mitarbeiterin im Fach Religionspädagogik der Fachrichtung Evangelische Theologie der Universität des Saarlandes, didaktische Materialien zusammengestellt, die es erlauben, solche Fragen im (Religions-)Unterricht aller Schulstufen und in der Erwachsenenbildung aufzugreifen. Es handelt sich selbstredend um eine Auswahl, denn im Internet wie in Publikationen erfährt das Thema derzeit große Beachtung.

Neben den Referenten, deren Beiträge hier zum Abdruck kommen, ist Frau Schwab herzlich zu danken – nicht minder Herrn Hans-H. Bendzulla, Studienleiter der Evangelischen Akademie im Saarland, der als Kontaktstelle zum Ökumenischen Sozial- und Wirtschaftsforum fungierte. Für dessen Weiterarbeit wünsche ich viel Erfolg!

Saarbrücken, April 2011
Prof. Dr. Bernd Schröder

Ökumenisches Sozial- und Wirtschaftsforum Saar

Einleitung	Seite 1
Horst Backes, Saarbrücken: Begrüßung	Seite 3
Albert Ottenbreit, Saarbrücken: Begrüßung und Einführung	Seite 5
Prof. Dr. Ulrich Duchrow, Heidelberg: Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit. Thesen	Seite 7
Prof. Dr. Friedhelm Hengsbach SJ, Ludwigshafen: Ein Neues Sozialwort – wo sind die Verbündeten?	Seite 13
Herbert Böttcher, Koblenz: „Fair-Teilen“ in der Krise?	Seite 23
Anhänge:	
Anhang 1: Pressemitteilung der Bischöflichen Pressestelle Trier, Redaktion Saarbrücken: Fair teilen statt sozial spalten – erstes Ökumenisches Sozial- und Wirtschaftsforum Saar am 26. November 2010	Seite 33
Anhang 2: Fair teilen statt sozial spalten. Aufruf zu einer politischen Zeitansage auf dem Ökumenischen Kirchentag 2010	Seite 35
Anhang 3: Didaktische Materialien „Gerechtigkeit – Wirtschaftsethik – Konziliarer Prozess“	Seite 43
Die bisherigen Saarbrücker Religionspädagogischen Hefte	Seite 66

HORST BACKES,
HAUPTGESCHÄFTSFÜHRER DER
ARBEITSKAMMER DES SAARLANDES

BEGRÜßUNG

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich darf Sie im Namen der Arbeitskammer des Saarlandes ganz herzlich zum ersten ökumenischen Sozial- und Wirtschaftsforum Saar „Fair Teilen statt Sozial Spalten“ begrüßen. Diese Veranstaltung soll dazu beitragen, das Sozial- und Wirtschaftswort der Kirchen, das nach einem umfangreichen Konsultationsprozess vom Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz 1997 verabschiedet wurde,¹ neu zu beleben und zu aktualisieren. Sie soll aber auch einen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt leisten und zur Stärkung von Solidarität und Gerechtigkeit in der Gesellschaft beitragen.

Gerade in einer Zeit, in der die ersten Sektorkorken bereits wieder knallen und die ja immer noch nicht ausgestandene Wirtschafts- und Finanzkrise, die uns nahe an den wirtschaftlichen Abgrund geführt hat, bereits wieder leichtfertig

verdrängt wird, als sei nichts passiert, bin ich froh, dass sich wieder eine ökumenische Initiative bildet, die sich den Schattenseiten unserer Gesellschaft zuwendet und die auf die nötigen wirtschaftlichen und sozialen Veränderungsprozesse hinarbeitet.

Ich freue mich ganz besonders, dass Sie sich die Arbeitskammer als Ort der Begegnung und Diskussion ausgesucht haben. Gerne sind wir auf Ihr Angebot, als Kooperationspartner an der heutigen Veranstaltung mitzuwirken, eingegangen. Die Arbeitskammer hatte sich seinerzeit auch am Konsultationsprozess zum Sozialwort der Kirchen hier im Saarland intensiv beteiligt. Zahlreiche kontroverse Diskussionen sind mir ebenso wie die Abschlussveranstaltung im Bürgerhaus Burbach noch in guter Erinnerung. Damals hat sich auch der Saarland-Sozialgipfel gebildet – heute ebenfalls Kooperationspartner dieser Veranstaltung und seit seiner Gründung eine wichtige Stimme für soziale Gerechtigkeit hier im Saarland. Die Kirchen und ihre Organisationen sind fester Bestandteil und auch treibende Kraft dieser sozialen Bewegung. Sie haben sich neben den Gewerkschaften und Sozialverbänden in den letzten Jahren häufig zu Wort gemeldet, wenn es darum ging, soziale Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten sowie soziale Missstände zu benennen und Lösungen zu fordern.

Wenn man das Sozial- und Wirtschaftswort der Kirchen heute liest, wird man feststellen, dass es grundsätzlich nichts an seiner Aktualität verloren hat. Im Gegenteil: Die

¹ Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit. Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland, Hannover / Bonn 1997 (Gemeinsame Texte).

soziale Ausgrenzung hat sogar weiter zugenommen. Die Armut in unserem Land hat besorgniserregende Spitzenwerte erreicht: Reichtum hat ebenso wie Armut zugenommen; die Einkommens- und Vermögensverteilung ist ebenso wie die Verteilung sozialer und wirtschaftlicher Chancen immer stärker in Schieflage geraten. Eines hat sich allerdings geändert: Verteilungsfragen anzurühren, wird heute noch stärker als damals zum Tabu erhoben. Dies wird mit Verweis auf die Globalisierung, die Schwierigkeiten, die internationalen flexiblen Kapitalströme zu bändigen, und ähnlichem mehr begründet. Der Soziologe Ullrich Beck spricht in diesem Zusammenhang von den Lebenslügen der Politik, die die selbst auferlegte politische Enthaltensamkeit zu rechtfertigen suchen. Seine Konsequenz: „Die Politik des Unpolitischen funktioniert nicht mehr unpolitisch.“

Es ging damals wie heute um die Zukunft der Sozialstaatlichkeit. Zwischenzeitlich hat sich viel verändert: Hartz IV wurde eingeführt; damit wurde die soziale Fürsorge für viele Arbeitslose vor die Sozialversicherung gestellt. Das Rentensystem wurde so weit abgemagert, dass Altersarmut für zukünftige Rentengänge wieder in bedrohliche Nähe rückt. Und in der Krankenversicherung redet man heute offen von der Zweiklassenmedizin: Privilegien wurden auf Kosten der Allgemeinheit festgezurr. Prekäre Beschäftigung und Niedriglohnbeschäftigung haben sich weithin ausgebreitet.

Sicherlich: die Arbeitslosigkeit ist nach dem unglaublichen Anstieg Mitte des

Jahrzehnts wieder etwas zurückgegangen. Benachteiligte Gruppen haben davon aber wenig profitiert. Zynisch klingt da, wenn heute bei offiziell registrierten 45.000 Arbeitslosen und Unterbeschäftigten im Saarland bereits wieder Vollbeschäftigung und Fachkräftemangel ausgerufen werden. Soviel von meiner Seite zum Einstieg.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben heute mit Frau Dr. Sabine Ferenschild, mit den Professoren Ulrich Duchrow und Friedhelm Hengsbach sowie mit Herbert Böttcher eine hochkompetente Referentenrunde. Ich bin gespannt auf die Vorträge und die Diskussion mit ihnen.

Die Arbeitskammer wird den weiteren Prozess gerne tatkräftig unterstützen. Ich wünsche Ihnen und uns allen viel Erfolg beim Einsatz für soziale Gerechtigkeit und politische Teilhabe und eine spannende Veranstaltung.

Herzlichen Dank!

ALBERT OTTENBREIT, KATHOLISCHE
ARBEITNEHMER-BEWEGUNG (KAB) SAAR

BEGRÜßUNG UND EINFÜHRUNG

Vielen Dank an Horst Backes und an die Arbeitskammer des Saarlandes für Ihre Unterstützung und Kooperation! Im Namen der Veranstaltergemeinschaft begrüße ich Sie und Euch ebenfalls sehr herzlich zu unserem „Ökumenischen Sozial- und Wirtschaftsforum Saar“.

Wir haben uns eingefädelt in eine ökumenische Initiative, die sich im Vorfeld des Ökumenischen Kirchentages 2010 in München gebildet hatte. Das Leitwort dieses ökumenischen Netzwerks lautet: „Fair teilen statt sozial spalten“ und das Erkennungszeichen der Initiative ist das Kamel auf der Nadel mit dem Bezug auf die Bibelstelle Markus 10,25: „Eher geht ein Kamel durch ein Nadelöhr, als dass ein Reicher in das Reich Gottes gelangt.“²

Worum geht es? Es geht um folgende Fragen: Wie kann der vorhandene Reichtum gerecht eingesetzt werden, so dass er allen Menschen zugute kommt? Wie kann eine Gesellschaft aufgebaut werden, in der alle Menschen am gesellschaftlichen Leben und seiner politischen Gestaltung partizipieren und in der die Natur als Ort und Ressource des Lebens geachtet wird? Wir brauchen – so die Forderung – eine radikale gesellschaftliche Umkehr, einen Neubeginn, der

die Schöpfung bewahrt und allen Menschen Gerechtigkeit schafft. Wir brauchen Alternativen zu einem Leben auf Kosten der Armen und der Natur – hier bei uns und weltweit!

Aber gibt es diese Alternativen in den bestehenden Wirtschafts- und Sozialverhältnissen? Gibt es eine „ökologisch-soziale Marktwirtschaft“ oder „Wirtschaftsdemokratie“? Lässt sich der global herrschende Kapitalismus noch über „Reformen“ zähmen? Auch darüber brauchen wir eine offene Diskussion. Es geht darum, eine breite gesellschaftliche Reflexion und Diskussion zu entfachen, ohne Rücksicht auf herrschende Interessen und Machtstrukturen.

Wir wollen heute Abend einen Beitrag zu dieser Debatte leisten.

- Wir wollen nachdenken über die gesellschaftliche Situation und eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit.
- Wir wollen das Bündnis zwischen Kirchen, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen stärken – deshalb freuen wir uns auch, dass neben der „Arbeitskammer“ auch der „Saarland Sozialgipfel“ Kooperationspartner des Forums ist.
- Wir wollen die Kirchenleitungen in die Pflicht nehmen und zur Erarbeitung eines neuen „Sozial- und Wirtschaftswortes“ auffordern – *unterstützt wird diese Forderung an die Kirchenleitungen durch eine Unterschriftenaktion (...). Sie können dort noch unterschreiben.*

Wir beginnen mit drei Impulsen unserer Referenten, die ich nochmals herzlich begrüße:

² Der Aufruf ist im Anhang zu diesem Heft abgedruckt.

- Ulrich Duchrow, Heidelberg, Professor für systematische Theologie und Mitbegründer der ökumenischen Initiative Kairos Europa,
- Friedhelm Hengsbach SJ, Ludwigs-hafen, Professor für christliche Gesellschaftsethik und langjähriger Leiter des Frankfurter Oswald-von-Nell-Breuning-Institut, und
- Herbert Böttcher, Koblenz, Theologe und Vorsitzender des Ökumenischen Netzes Rhein-Mosel-Saar.

Unter dem Leitwort des Sozial- und Wirtschafts-Wortes von 1997 „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ haben wir sie um Zeitansagen zur gesellschaftlichen Situation gebeten:

- Wie ernst ist die Lage?
- Gibt es Alternativen im Kapitalismus oder brauchen wir Alternativen zum Kapitalismus?
- Welche Zuspitzungen müsste ein neues „Sozial- und Wirtschaftswort der Kirchen“ enthalten?

Nach diesen Impulsen wird es zunächst eine Diskussion zwischen den Referenten geben, anschließend eine Diskussion im Plenum – mit einigen Beiträgen von Personen, die wir schon vorab dazu angefragt haben und die ich jetzt auch schon begrüße:

- aus den Gewerkschaften: Alfred Staudt, ver.di-Landesbezirksleiter im Saarland,
- aus der katholischen Kirche: Arthur Biesalski, Mitglied des Katholikensrats im Bistum Trier,
- aus der evangelischen Kirche: Sascha Müller, Evangelische

Arbeitsstelle Bildung und Gesellschaft der pfälzischen Landeskirche,

- aus den sozialen Bewegungen: Egbert Ulrich, Saarländische Armutskonferenz,
- aus der Perspektive junger ChristInnen: Anja Peters, BDKJ.

Zum Schluss des Forums versuchen wir eine Zusammenfassung und eine Botschaft des Forums zu formulieren und laden ein zu Begegnung bei Wein und Brot. [...] Die Moderation des Abends übernimmt Sabine Ferenschild vom Ökumenischen Netz Rhein-Mosel-Saar, der ich schon jetzt dafür herzlich danke.

Ich darf dann auch das Wort an sie weiter geben.

Vielen Dank.

Albert Ottenbreit, Jahrgang 1956, Diplom-Sozialarbeiter, seit 2009 Landesbezirkssekretär der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) im Saarland sowie KAB-Diözesanreferent für Arbeits- und Sozialpolitik. Vor seinem Wechsel zur KAB war er 21 Jahre lang in der Caritas-Gemeinwesenarbeit in Sulzbach tätig.

PROF. DR. ULRICH DUCHROW,
UNIVERSITÄT HEIDELBERG

FÜR EINE ZUKUNFT IN SOLIDARITÄT UND
GERECHTIGKEIT. THESEN

Wenn wir unsere Kirchen auffordern, einen erneuten Prozess zur wirtschaftlichen und sozialen Situation in Deutschland in die Wege zu leiten, dann müssen wir darauf aufmerksam machen, dass die verschiedenen Krisen, die Menschheit und Erde bedrohen, eine in sich zusammenhängende Gesamtkrise darstellen. Und diese Krise hat eine Vorgeschichte.

1. Grundlagen der Moderne im Alten Orient und der Antike

These 1: Mit der Verbreitung der Geld-Eigentums-Wirtschaft in arbeitsteilig werdenden Gesellschaften ab dem 8. Jh. v. Chr. verändern sich nicht nur die Strukturen und Abläufe des Wirtschaftens, sondern auch die Seelen und das Denken der Menschen. Die Spiritualität der Solidarität in Beziehungen (durch Sprache) wird überlagert von der gierig kalkulierenden Rationalität des Geldsubjekts³. Diese neue Rationalität verbindet sich mit dem männlich erobernden Wesen der imperialen Hierarchien. Ein erster Höhepunkt dieser Kombination von Geld-Eigentumswirtschaft und Imperiums-bildung sind die hellenistisch-römischen Weltreiche.

³ Karl-Heinz Brodbeck, Die Herrschaft des Geldes. Geschichte und Systematik, Darmstadt 2009.

Es ist wichtig, diesen Ursprung unserer Probleme im Gedächtnis zu behalten, weil dadurch die Ansätze der damaligen biblischen Alternativen für unsere Situation direkt relevant werden. Und nicht nur sie – auch diejenigen anderer Religionen wie z.B. des ebenfalls damals entstehenden Buddhismus. Da der heutige imperiale Kapitalismus global herrscht, lässt er sich auch nur überwinden, wenn alle Glaubensgemeinschaften und humanistischen Traditionen Bündnisse zu seiner Überwindung bilden.

2. Die Moderne

These 2: Der neuzeitliche Kapitalismus institutionalisiert die persönliche und strukturell-rationale Gier sowie das männlich-imperiale Denken und Handeln in Philosophie, Anthropologie, Wissenschaften, Technik, Recht, Politik und Ökonomie. Ziel der Wirtschaft ist Profitmaximierung des zum homo oeconomicus umdefinierten Individuums. Der bisherige Höhepunkt dieser Entwicklung ist die globale Herrschaft der Finanzmärkte über alle Lebensbereiche mit der Folge der Bedrohung des Lebens von Menschheit und Erde. Dies signalisiert die fundamentale Krise der westlichen Zivilisation (Wachstumszwang durch Kapitalakkumulation und Konsumismus, Zerstörung der Biosphäre, soziale Spaltungen, Entfremdung der Arbeit, seelische Krankheiten usw.) Sie zeigt die Irrationalität des Rationalisierten. Die Wirtschaftskrise ist in Wahrheit die Zivilisationskrise der westlichen Moderne.

Das heißt, wir werden nur dann Alternativen entwickeln können, wenn wir *gleichzeitig* die wirtschaftlichen und politischen Strukturen auf der einen Seite und das menschliche Selbstverständnis, Denken und Handeln auf der anderen Seite verändern. Eine Änderung im Rahmen des Kapitalismus ist langfristig nicht denkbar, weil Kapital per definitionem nicht einfach Geld ist, sondern in Geld gemessenes Eigentum, das mit dem Zweck der abstrakten Vermehrung ständig reinvestiert werden muss und so Wachstumszwang erzeugt. Dauerhaftes Wachstum ist aber ökologisch langfristig nicht möglich, weil es die Erde zerstört. Außerdem ist dieser Wachstumszwang ausschließlich durch Konkurrenz getrieben, die Menschen zur lebensnotwendigen Kooperation unfähig macht und sie in letzter Konsequenz zur Selbstzerstörung treibt.

3. Spirituelle und kulturelle Quellen für Alternativen

These 3: Es geht um eine neue Kultur des Lebens als Alternative zur westlichen zerstörerischen, ja, selbstzerstörerischen Zivilisation. Die biblischen Traditionen reagieren auf die zerstörerischen Wirkungen der Geld-Eigentums-Wirtschaft und deren Verbindung mit den Imperien mit fünf strategischen Ansätzen: Kritische Prophetie, Recht, Widerstand, Alternativen in kleinen Gemeinschaften und grundsätzliche Kritik der Herrschaftsvernunft und des Gesetzes, das durch die Sünde der Gier tötet (Paulus). Gerechtigkeit ist der rote Faden, der

sich seit dem Propheten Amos durch die gesamte Bibel zieht. Die Perspektive der Solidarität wird ganz deutlich, wenn man weiß, dass das Wort „Liebe“ als Zusammenfassung der Propheten und der Tora dem Sinn nach mit „Solidarität“ übersetzt werden muss. Das Reich Gottes ist durch die Gestalt des „Menschen“ charakterisiert – im Gegensatz zu den raubtierhaften Weltreichen. Es beginnt mit dem gemeinschaftlichen Leben im Geist des Messias.

Der Buddhismus sieht die Ursache des gesellschaftlich verursachten Leidens in den drei Giften: Illusion eines beziehungslosen Ego, der daraus entspringenden Gier und Aggressivität, modern gesprochen im gewalttätigen Besitzindividualismus. Die Alternative kann entwickelt werden durch die meditative Erkenntnis, dass wir als Menschen immer und nur in Relationen zu allen anderen Lebewesen leben und leben können. Mitgefühl ist daher der Ausgangspunkt der Heilung und Befreiung. In der Praxis werden solidarische Gemeinschaften gebildet. Ähnlich sehen es indigene Kulturen: Menschen können nur in Gemeinschaft untereinander und mit Mutter Erde leben. Die afrikanische Ubuntu-Kultur drückt es so aus: „Ich lebe, weil du lebst. Du lebst, weil ich lebe“. Ähnlich sagt es die ostasiatische Sangsaeng-Kultur, die Personen nur in Gemeinschaft denken kann.

Solche Erkenntnisse tauchen neuerdings auch im Westen wieder auf, einmal in der Hirnforschung: „Warum ich fühle, was du fühlst – das Geheimnis der Spiegelneuronen“,

„Warum wir kooperieren“⁴, „Descartes irrt“⁵ (letzteres bezieht sich auf den Dualismus von körper- und gefühlloser ratio als Subjekt gegenüber dem körperlichen Objekt sowie die daraus folgende Definition des Menschen als „Herrn und Besitzer der Natur“). Zum anderen bestreitet die Beziehungspsychologie die Freudsche Definition des Menschen als individualistischem Triebwesen und stellt dagegen die Erkenntnis, dass Menschen von Geburt an in vielfältigen Beziehungen existieren. Sogar die ökonomische Glücksforschung stellt fest, dass Menschen nicht durch endlose Ansammlung von Reichtum, sondern durch gelingende Beziehungen glücklich werden.

Alle diese und weitere Quellen sind zu mobilisieren, um einer Kultur des Lebens in Solidarität und Gerechtigkeit in der Zukunft näher zu kommen. Ausgangspunkt ist die Unterordnung des egozentrischen rechnenden Denkens unter die sozialen Prozesse des Miteinander-Sprechens in sozialen Prozessen. Die erste Frage darf nicht sein: „Rechnet sich das – für mich?“, sondern: „Wie können wir gemeinsam überleben und gut leben?“

4. Die strukturellen und persönlichen Alternativen heute

⁴ Joachim Bauer, Warum ich fühle, was du fühlst – Intuitive Kommunikation und das Geheimnis der Spiegelneuronen, München 2010. Ders., Prinzip Menschlichkeit. Warum wir von Natur aus kooperieren, Hamburg 2006.

⁵ Antonio R. Damasio, Descartes' Irrtum. Fühlen, Denken und das menschliche Gehirn, München, Leipzig 1995.

These 4: Wir haben nicht zwischen den falschen Alternativen der Moderne zu wählen, dem absoluten Privatkapitalismus und dem zentralistischen Staatskapitalismus. Vielmehr geht es um eine neue politische Ökonomie von unten für das Leben aller lebenden Kreaturen, das heißt auf Englisch *people-centered, people-driven development* in nachhaltiger Wechselwirkung mit der Natur, die als Gabe, nicht als Ware zu verstehen ist. Konkret geht es um die Umsetzung des Konzepts der Gemeingüter, die für den nachhaltigen Bedarf zu bewirtschaften sind, nicht um der Profitmaximierung der Kapitaleigner willen⁶. Das schließt eine neue Eigentumsordnung von unten ein. Speziell ist das Geld von einer Ware zu einem politisch regulierten Gemeingut hin zu entwickeln. Dazu hat attac Österreich sinnvolle Vorschläge gemacht⁷. Auch der Markt muss seinen Sinn als Tauschforum wieder gewinnen, was in den großen, arbeitsteiligen Gesellschaften nur mit so etwas wie Geld, allerdings als Gemeingut, möglich ist. Zentral ist es, die Indikatoren für erfolgreiches Wirtschaften zu ändern: vom in Geld gerechneten Wachstum hin zum gleichzeitigen ökonomischen, sozialen und ökologischen Erfolg⁸.

⁶ Vgl. Silke Helfrich und Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.), Wem gehört die Welt? Zur Wiederentdeckung der Gemeingüter, München 2009.

⁷ Vgl. auch Christian Felber, Die Gemeinwohl-Ökonomie, Das Wirtschaftsmodell der Zukunft, Wien 2010.

⁸ Vgl. den Human Development Index, die Arbeiten Hans Diefenbachers (Universität Heidelberg, EKD-Beauftragter für Umweltfragen) und den Gross National Happiness Index in Bhutan.

Strategisch geht es um das, was wir in Kairos Europa Doppelstrategie nennen⁹:

Erstens: Im Kleinen, also vor allem lokal-regional, können wir beginnen, anders zu handeln im Blick auf Tausch, alternativen Banken, Energieautarkie mit den dezentral vorhandenen Medien Sonne, Wind, Wasser, Biomasse und lokal-regionaler Versorgung mit Grundnahrungsmitteln¹⁰.

Zweitens: Im Blick auf die Makrostrukturen geht es um Bündnisbildung für die Verteidigung und Wiederaneignung aller Güter und Dienste der Grundversorgung: vor allem Land, Wasser, Energie, Bildung, Gesundheit. Sie wäre heute auf europäischer Ebene nötig, um zu verhindern, dass durch die staatliche Übernahme der Schulden der spekulativen Finanzakteure ein Land nach dem anderen in den radikalen Sozialabbau getrieben wird.

5. Die ökumenische Gemeinschaft der Kirchen heute

These 5: Die Ökumenische Bewegung hat die Herausforderungen angenommen und insbesondere seit 1983 die Fragen „Gerechtigkeit, Frieden, Schöpfung“ mit Bezug auf „Wirtschaften

⁹ Vgl. *Kairos Europa*, 1998 Mai, Europäisches Kairos-Dokument für ein sozial gerechtes, lebensfreundliches und demokratisches Europa. Aufruf an die Glaubensgemeinschaften, Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und andere interessierte Gruppen und Personen zur Bündnisbildung, Junge Kirche, Beilage zu H. 6/7, Bremen.

¹⁰ Vgl. Hans Diefenbacher und Richard Douthwaite, *Jenseits der Globalisierung. Handbuch für lokales Wirtschaften*, Mainz 1998.

im Dienst des Lebens“ in Prozessen und Vollversammlungsbeschlüssen gegen den Widerstand vieler Kirchen in Europa beantwortet. Der imperiale Kapitalismus wird eindeutig verworfen. Die nächste Etappe wird die Friedenskonvokation in Jamaica 2011 sein, zu der das Ökumenische Netz in Deutschland (ÖNiD) eine Erklärung vorgeschlagen hat. Es laufen auch Prozesse zum Aufbau interreligiöser Solidarität für eine Kultur des Lebens in Würde und Gerechtigkeit, die die todbringende Zivilisation des Westens zu überwinden trachtet. Das Schlüssellicht in dieser Bewegung ist die Mehrheit der Kirchen in Europa. Auch hier gilt: nur von unten ist diese Situation zu ändern. Schon aus diesem Grund ist ein neuer kirchlicher Konsultationsprozess unbedingt nötig. Dabei müssen wir uns als Teil des globalen Südens verstehen lernen und gemeinsam mit ihm handeln.

6. Die Zusammenarbeit mit den sozialen Bewegungen

These 6: Wenn nach biblischem Verständnis die Liebe, d.h. die Solidarität auf der Basis der Beziehung zum Ursprung aller Kreaturen, entscheidendes Kriterium allen Denkens und Handelns in der Perspektive des Reiches Gottes ist (Mt 25, 32ff.), dann sind die sozialen Bewegungen (einschließlich der Gewerkschaften, wenn sie nicht nur Klientelpolitik betreiben) in allen Glaubensgemeinschaften und humanistischen Traditionen, die auf die Lebensgefährdung der Menschen und der Erde antworten, das Kriterium messianischen Kircheseins. Die Bünd-

nisbildung mit ihnen für Alternativen im Kleinen und Großen ist deshalb theologisch geboten und sollte auch in einem zukünftigen Konsultationsprozess eine zentrale Rolle spielen. Erst in der Gemeinschaft mit allen Kreaturen ist Gottes Geist gegenwärtig, nicht im isolierten Ego.

All diese alternativen Denk- und Handlungsweisen haben weltweit bereits begonnen und nehmen täglich zu. Niemand kann sagen, ob sie sich schnell genug verbreiten können, um die sich immer mehr zuspitzenden sozialen und ökologischen Katastrophen zu stoppen. Aber keine Organisation auf Erden hat vom Lokalen bis zum Globalen solche Voraussetzungen wie die Kirchen, hier einen entscheidenden Beitrag zu leisten. Und sind sie nicht berufen „Salz der Erde“ und „Licht der Welt“ zu sein?

Dr. Ulrich Duchrow, Jahrgang 1935, emeritierter Professor für systematische Theologie an der Universität Heidelberg, Mitgründer der ökumenischen Initiative „Kairos Europa“ mit Schwerpunkt wirtschaftliche Gerechtigkeit, Mitglied der internationalen Arbeitsgruppe des Reformierten Weltbundes und des ÖRK zum Aufbau und zur Koordinierung des ökumenischen „Prozesses des Erkennens, Lernens und Bekennens (processus confessionis) bzgl. wirtschaftlicher Ungerechtigkeit und Naturzerstörung“

PROF. DR. FRIEDHELM HENGSBACH SJ,
LUDWIGSHAFEN

EIN NEUES SOZIALWORT – WO SIND DIE
VERBÜNDETEN?

Einleitung

Das Sozialwort zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland, das die beiden Großkirchen 1997 zu Beginn des heißen Wahlkampfs um Helmut Kohl und Gerhard Schröder veröffentlicht haben,¹¹ war wohl eine Sternstunde der „Kirche in der Welt von heute“, und zwar aus zwei Gründen: Erstens ist der Veröffentlichung des Wortes ein Konsultationsprozess vorausgegangen, der die Einstellungen und Stellungnahmen der kirchlichen Gemeinden, Initiativen und Verbände an der Kirchenbasis, also des Kirchenvolkes aufgegriffen hatte, und in die auch die Meinungen der ihnen nahe stehenden gesellschaftlichen Akteure eingeflossen waren. Nach dem Eingeständnis eines Bischofs wäre das Wort ohne diese Konsultation anders ausgefallen. Zweitens war dieses Wort von Anfang an ökumenisch angelegt, in der Kombination mit der Konsultation ein einmaliger Vorgang, der nicht wiederholt wurde. Zumindest scheinen die katholischen Bischöfe den Prozess und das Ergebnis mehrheitlich als einen Betriebsunfall angesehen zu haben.

¹¹ Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit. Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland, Hannover / Bonn 1997.

Denn fünf Jahre später wurde ohne breite Beteiligung des Kirchenvolkes und ohne ökumenische Reichweite unter dem Schirm und Segen der katholischen Bischöfe ein Impulspapier mit dem Titel: „Das Soziale neu denken“ veröffentlicht,¹² das eine harte Kritik am Sozialstaat enthielt, der zu teuer, auf Dauer nicht finanzierbar und überhaupt fehlgeleitet sei. Dieses Dokument hatten prominente Katholiken, Vertreter von Parteien, Unternehmen und ihre Berater sowie kirchliche Verbände verfasst. Der Text hätte auch vom Arbeitgeberverband stammen können.

Als das Gemeinsame Wort vor 14 Jahren veröffentlicht und vorgestellt wurde, war die Resonanz in der Gesellschaft ungewöhnlich groß. Parteien, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände zitierten und kommentierten die ihnen zustimmungsfähigen Diagnosen. Über den politischen Erfolg des Dokuments jedoch sind die Urteile bis heute geteilt. Allerdings unterschied sich die unmittelbare Bewertung in der damaligen Zeit nicht grundsätzlich von dem heutigen Urteil aus der Rückschau. Von den Gewerkschaften und der damaligen Opposition wurde das Dokument positiv aufgegriffen und zitiert. Die konservativ-liberale Koalition dagegen blieb reserviert. Und die Kirchenmänner, die sich besorgt zeigten, das Sozialwort werde tot gelobt, gaben sich selbst Mühe, es totzuschweigen.

¹² Das Soziale neu denken, hg. vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Bonn 2003 (Die deutschen Bischöfe – Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen 28).

Hatte das Sozialwort eine politische Wirkung? Wenn ja, welche? Es trat in eine Zeit, da eine breite Stimmungslage in der Bevölkerung einen Überdruß an der Regierung Kohl signalisierte. Diese Strömung hat es verstärkt und so indirekt zur Ablösung der christlich-liberalen Regierung beigetragen. Anschließend haben Sozialpolitiker unter den Parlamentariern das Gewicht des Sozialworts eingesetzt, um eine Grundsicherung im Alter und einen regelmäßigen Armuts- und Reichtumsbericht gesetzlich zu verankern. Doch die rot-grüne Koalition unter Gerhard Schröder ist der zentralen sozialpolitischen Botschaft des Gemeinsamen Wortes nicht gefolgt. Den Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit hat die Hartz-Kommission in eine falsche Richtung gelenkt. Unter dem Vorwand des Bürokratieabbaus wurden systemsprenge Einschnitte in der Arbeits- und Sozialpolitik beschlossen. Die solidarischen Sicherungssysteme, die einen Lebensstandard gewährleisten sollten, der während der Phase der Erwerbsarbeit erreicht worden war, wurden tendenziell auf das Niveau eines sozio-kulturellen Existenzminimums abgesenkt. Die Arbeitsverhältnisse wurden entregelt, so dass sich ein Niedriglohnsektor ausbreiten konnte. Die steuerpolitischen Entscheidungen erzeugten eine extreme Schieflage der Einkommens- und Vermögensverteilung, Teile der Bevölkerung wurden vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen. Dagegen koppelten sich die Finanzmärkte immer mehr von der Realwirtschaft ab und lösten eine beispiellose monetäre und realwirtschaftliche Krise aus.

Ruft die Situation verwundeter Gesellschaften in Deutschland, Europa und in der Welt nach einem neuen Gemeinsamen Wort der Kirchen? Ja, denn das Armutsrisiko ist gestiegen und die Arbeitsverhältnisse sind unsicherer geworden. Die Fixierung auf die Erwerbsarbeit hat die Arbeitszeit verlängert, das Arbeitstempo erhöht, Zeitnot und psychische Schäden vermehrt. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird einzig den Frauen aufgeladen, nicht den Männern. Eine demokratische solidarische Sicherung, die gesellschaftliche Risiken auch für diejenigen abfedert, die privat nicht vorsorgen können, steht noch aus. Wie eine ökologisch-soziale Marktwirtschaft mit alternativen Verkehrs- und Energiesystemen aussieht, ist nicht klar erkennbar. Die Irrationalität eines spekulativen Finanzkapitalismus metastasiert von der durch ihn ausgelösten Immobilien- und Bankenkrise zur Verschuldungskrise europäischer Staaten. Die Regierungen lassen sich erpressen, Gläubiger und Banken zu schonen, während sie Folgelasten der Finanzspekulation auf die Allgemeinheit abwälzen.

Wie groß sind die Chancen, dass ein Neues Sozialwort, das erstens ökumenisch und zweitens mit einer breiten Beteiligung der kirchlichen Basis und verbündeter gesellschaftlicher Akteure entsteht? Welche gesellschaftlichen und kirchlichen Verhältnisse stehen dem entgegen? Ich möchte einen vierfachen Blick auf den gegenwärtigen Kontext eines Neuen Sozialworts im Entstehen werfen und versuchen, die „Zeichen der Zeit“ zu sehen und

sie im Licht des Evangeliums zu deuten.

1. Der Staat in Geiselhaft

Die Bundeskanzlerin hat nach der ersten Bankenrettung bemerkt, es dürfe nicht sein, dass eine Bank die Regierung noch einmal erpressen kann. Leider ist die Bankenrettung kein einmaliges Ereignis gewesen, wie der Staat von Industriekonzernen und Großbanken als kooperative Geisel in Anspruch genommen wurde. Zu Beginn des neuen Jahrhunderts fragte der Vorstandssprecher der Deutschen Bank, Rolf-E. Breuer, ob die Finanzmärkte nicht die Fünfte Gewalt in der Demokratie seien. Denn die millionenfachen täglichen Entscheidungen der Kapitaleigner würden bessere Signale dazu liefern, was vernünftige Politik sei, als die vierjährigen Parlamentswahlen. Es wäre eigentlich nicht schlecht, wenn die Regierungen sich in das Schlepptau der Finanzmärkte nehmen ließen und sich für eine Wirtschaftspolitik entschieden, die möglichst wenig Umverteilung praktiziert, die Gewerkschaften in Schach hält und Löhne, Steuern sowie Lohnnebenkosten senkt. Dem Druck der Finanzeliten haben die Regierungen nachgegeben, indem die solidarischen Sicherungssysteme tendenziell der privaten Vorsorge überantwortet, die Arbeitsverhältnisse entschert und die Kapitalmärkte liberalisiert worden sind.

Der Sozialstaat, der in einen Wettbewerbsstaat mutiert ist, begreift sich als „Territoriumsunternehmer“. Er strebt das Ziel an, die globale

Wettbewerbsposition des Landes zu verbessern und die heimische Bevölkerung fit zu machen, sich global zu behaupten.

Die Regierungen in repräsentativen Demokratien verstehen sich immer weniger als Hüter des allgemeinen Interesses, der die privaten Interessen zurückdrängt, sondern als Knoten in einem Netzwerk politischer Eliten, das aus staatlichen Organen sowie wirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren gebildet wird, ohne die Bevölkerung an den Entscheidungen aktiv zu beteiligen. „Regieren heißt für uns Moderieren“, hatte Gerhard Schröder seinerzeit seine Aufgabe als Kanzler erläutert.

Die Verflechtung zwischen der deutschen Regierung und den Industriekonzernen und Banken ist wiederholt aufgedeckt worden. Angestellte von Unternehmen hatten im Wirtschafts- und Finanzministerium Büros und waren dort daran beteiligt, jene Gesetze vorzubereiten, von denen sie selbst betroffen waren. Minister wechseln nach Beendigung ihrer Amtszeit unmittelbar in solche Firmen, die ihren Ressorts nahestehen. Mehrmals wurden die Regierungen genötigt, die Gläubiger und Banken vor der Insolvenz zu bewahren, während die Kosten der Schäden, die jene Investoren verursacht hatten, auf die Allgemeinheit abgewälzt wurden. Die Abwrackprämie wurde von der Autoindustrie und der IG Metall erpresst, einige Komponenten der sogenannten Arzneimittelreform von der Pharmaindustrie. Der Energiekonsens, der die Marktmacht der vier Konzerne

festigt, wurde der schwarz-gelben Koalition ebenso aufgeötigt wie die steuerliche Begünstigung der Aluminiumhütten. Pharaonenprojekte wie Stuttgart 21 sind aus der Gemengelage von Deutscher Bahn und den Verkehrsministern des Bundes und des Landes Baden-Württemberg entwickelt worden.

Allerdings ist auch zu sehen, wie die staatlichen Organe in der Exekutive, Legislative und Justiz in der Lage sind, sich wechselseitig zu korrigieren. Bemerkenswert waren die Interventionen des Bundesverfassungsgerichts gegen die schrankenlose Ladenöffnung an den Adventssonntagen, die Speicherung personenbezogener Daten auf Vorrat und die Verletzung des sozialen Grundrechts auf ein menschenwürdiges Existenzminimum von Hartz IV-Empfängern.

2. Die Wirtschaft im „Weiter so!“

„Raubt es Ihnen nicht den Schlaf, wenn Sie daran denken, was Sie angerichtet haben?“, fragte der Chefermittler im US-amerikanischen Untersuchungsausschuss zur Bankenkrise. Ein ehemaliger Manager antwortete: „Wir sind nicht verantwortlich, wirklich nicht. Sorry for that“. Bei den Managern setzte sich schon bald die Meinung durch, dass die Finanzkrise einem Tsunami oder einem Hurrikan gleiche. „Wir sind alle irgendwie Getriebene der Märkte“, behauptete Josef Ackermann. Und abwiegelnd wurde angedeutet, dass Finanzkrisen zum Kapitalismus dazugehörten wie das Wasser zum Meer. Sie erzeugen eine innovative Dynamik, weil die

leistungsstarken Unternehmen überleben, während die schwachen untergehen. Auch im Herz-Kreislauf-System wechselten expansive und kontraktive Impulse einander ab. Oder auf den Frühling folgten die Jahreszeiten des Sommers, Herbsts und Winters, dozierte man.

„Wir sind noch mal davon gekommen!“ So lässt sich die Stimmungslage der Deutschen Ende 2010 kennzeichnen. Die Börsenkurse bewegen sich im Aufwind, die Banken scheinen stabilisiert, zumindest vollgestopft mit Zentralbankkrediten. Die Kurzarbeit hat sich bewährt. Der realwirtschaftliche Abschwung ist gestoppt, die Industrie erlebt einen rasanten Aufschwung, die Arbeitslosenzahlen gehen zurück. Politiker wännen sich gar schon auf der Schnellstraße zur Vollbeschäftigung.

Der Abschied von den marktradikalen wirtschaftsliberalen Parolen ist längst vergessen. Wie vor der Krise wird der Staat gemahnt, die Verschuldung der öffentlichen Haushalte zu senken. Die Privatisierung öffentlicher Aufgaben gilt weiterhin als ein Weg, Kosten zu senken, die Leistungskraft zu erhöhen und die allgemeine Daseinsvorsorge bürgernah anzubieten. Steuersenkungen sind wieder im Gespräch. Sparpakete, die von unten nach oben umverteilen, werden als Antwort auf die Finanzkrise propagiert. In wirtschaftsnahen Medien wird Stimmung dagegen gemacht, Sozialleistungen für Langzeitarbeitslose zu erhöhen.

Die offenen Flanken des wirtschaftlichen Aufschwungs, der die Wirt-

schaftsleistung auf das Niveau vor der Krise anhebt, werden heruntergespielt, dass beispielsweise eine Kredit-schwemme im Bankensystem mit einer Kreditklemme bei kleinen und mittleren Unternehmen verbunden ist, dass die Immobilien-, Finanz- und Bankenkrise in eine Verschuldungs-krise europäischer Staaten metastasiert, dass die regionalen und globalen Ungleichgewichte der Leistungsbilanzen nicht abgebaut oder gar beseitigt werden und dass das Armutsrisiko, die prekären Arbeitsverhältnisse und die Schieflage der Einkommens- und Vermögensverteilung sich verfestigen oder gar zunehmen.

Allerdings sollte die finanz- und realwirtschaftliche Sphäre unterschiedlich beurteilt werden. Während kleine und mittlere Unternehmen, insbesondere Einzel- und Familienunternehmen, meist für ihre Entscheidungen voll haften, wird an der beschränkten Haftung der Eigentümer bzw. Manager von Publikumsgesellschaften festgehalten. Genossenschaftsbanken und Sparkassen haben die Krise stabiler überstanden als die Mehrzahl der privaten Geschäftsbanken.

3. *Das bürgerliche Milieu aufgeweckt*

Das Gemeinsame Wort hatte auf Grund der Konsultation in den Kirchengemeinden, kirchlichen Gruppen und Verbänden die Arbeitsverhältnisse, die solidarischen Sicherungssysteme, die Umwelt, die Gleichstellung der Frauen und die internationale Verantwortung der deutschen Wirtschaft und Gesellschaft thematisiert. In den gesellschaftlichen

Diskursen von heute scheinen dagegen bürgerliche Eliten die Deutungshoheit zu gewinnen. Damit haben sich die thematischen Gewichte der Diskurse verändert.

3.1 *Bildung, Ökologie, Bürgerbeteiligung vorrangig*

Die Bundeskanzlerin schwärmt unablässig und ohne Rücksicht auf die personell und räumlich chaotischen Engpässe an den deutschen Schulen von der „Bildungsrepublik Deutschland“. Die Bildung sei angeblich der Schlüssel der gesellschaftlichen Integration. Die reformpädagogischen Aufbrüche in Ganztagschulen und bei der frühkindlichen Erziehung werden politisch und kommerziell verzweckt: Ganztagschulen sollen vor allem Kinder mit Migrationshintergrund integrieren und das Erwerbspersonenpotential akademischer Frauen entbinden. Kindergärten sollen vor allem das naturwissenschaftliche und technische Potential sowie die Lesefähigkeit hochtechnischer Geräte einüben. Die dazu von der Bundesagentur gelieferten Bildungsgutscheine versprechen ein warmes Mittagessen und das Instrumentenspiel in der Schule, auch wenn die räumlichen und personellen Verhältnisse dies kaum zulassen. Die schwarz-gelbe Koalition will offensichtlich einen ehrgeizigen Wettlauf der Kinder und noch mehr ihrer Eltern um Bildungschancen entfesseln.

Das ökologische Anliegen, das als Generalthema des 21. Jahrhunderts angekündigt worden war, scheint eine elementare Mobilisierungskraft zu

entfalten. Die beeindruckenden Aktionen gegen die Castor-Transporte sind Teil der Massenproteste gegen die Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke. Die rasant gewachsene Zustimmung zur Partei der Grünen, die im Hinblick auf das Umweltthema eine Bewegungspartei geblieben sind, insofern sie sich an Demonstrationen beteiligen und gleichzeitig eine Regierungsbeteiligung anstreben oder auf kommunaler Ebene bereits mitregieren, drückt aus, dass das öffentliche politische Interesse dominant grün geworden ist. Nachhaltigkeit ist zum politischen und unternehmerischen Zauberwort geworden.

Das so genannte Zeitalter der Postdemokratie, der fast ausschließlichen Herrschaft der repräsentativen Akteure, wird durch die Vielfalt und Reichweite des Bürgerprotests durchkreuzt. Die Expertenmacht jener von den Regierungen eingesetzten Kommissionen, Berater, Beauftragten, Ombudsmänner und Sachverständigen, auf die überforderte Politiker ihre Verantwortung für das Gemeinwohl abwälzen, erzeugt partikuläre und selektive Sozialtherapien, gegen die sich die Wut der Bürger richtet.

3.2 Gerechtigkeit und Solidarität im Schatten

Das Gemeinsame Wort von 1997 trug die Überschrift: „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“. Der Herbst der Entscheidungen, den die schwarz-gelbe Koalition ausgerufen hat, bietet so genannte Reformprojekte an, die den Grundsatz der Solidarität –

der Beitrag der entspricht der Leistungsfähigkeit, der Hilfsanspruch dem Bedarf – schwächen. Dagegen wird die Äquivalenz von individuellem Eigenbeitrag und dem Leistungsanspruch gestärkt. Anders sind die angeblichen Reparaturen bei Hartz IV, im Gesundheitswesen und in der Pflegeversicherung kaum zu begreifen.

In der gesellschaftlichen Öffentlichkeit spielen – außer dem in Umfragen gefühlten Schwund der Gerechtigkeit – die sozialen Bruchlinien, also die Schieflage der Einkommens- und Vermögensverteilung, die föderale Ungleichheit der Lebensverhältnisse, die öffentliche Armut und der gleichzeitig existierende private Reichtum, die Überbewertung der Industriearbeit und die Abwertung der Arbeit an den Menschen eine nachgeordnete Rolle. Die Medien richten ihre gebündelte Aufmerksamkeit auf die Umweltproteste, die SPD verharrt in einem Tief der Zustimmung von Wechselwählern. Das gespannte Verhältnis zwischen der SPD und der Partei Die Linke scheint von den etablierten Repräsentanten der Bundes-SPD nicht bewältigt zu werden. Die Sozialverbände in der CDU/CSU wirken bei der politischen Willensbildung der Partei bedeutungslos.

3.3 Gewerkschaften paralyisiert

Seit mehreren Jahren sieht es so aus, als hätten sich die großen Gewerkschaften damit zufrieden gegeben, die Interessen ihrer Mitglieder zu vertreten, ihnen mit individueller Beratung

zu dienen und bescheidene Lohnforderungen durchzusetzen. Gleichzeitig konnte der Eindruck entstehen, als hätten sie sich davon verabschiedet, als gesellschaftlicher Ordnungsfaktor aufzutreten und sich – über die Betriebsverfassung und den Schein einer unternehmerischen Mitbestimmung hinaus – für eine weitere Demokratisierung des Kapitalismus, für die weltweite Anerkennung der Menschenrechte zu engagieren und die Dimension der internationalen Gewerkschaftssolidarität zu vertiefen. Dieser Blick auf die Begleitung und Beratung der Mitglieder hat möglicherweise dazu geführt, dass ihnen ein Teil ihrer gesellschaftlichen Deutungshoheit verloren gegangen ist, dass sie auf dem Höhepunkt der Finanzkrise öffentlich kaum in Erscheinung getreten sind, dass das politische Krisenmanagement weithin unter Ausschluss der Gewerkschaften stattfand.

Allerdings ist den Gewerkschaften in Kooperation mit den Arbeitgebern und dem Staat die Regelung der Kurzarbeit gelungen. Die Einzelgewerkschaften haben sich auch an der Erpressung der Regierung durch die branchenspezifischen Lobbygruppen beteiligt, und das relativ erfolgreich, vielleicht auf Kosten der Allgemeinheit. Außerdem haben staatliche Organe die gewerkschaftlich eingebundenen Betriebsräte und die Repräsentanten der Branchengewerkschaften beim Besuch der in die Krise geratenen Konzerne und Familienunternehmen als kompetente und repräsentative Gesprächspartner anerkannt.

Aber dennoch hat sich während der Krise auch ein erheblicher Unmut lokaler und regionaler Gruppen gegen den Eindruck paralysierter Gewerkschaften breit gemacht. Die Gewerkschaftsführer, so lauten ihre Vorwürfe, suchten zu stark den Schulterschluss mit den politischen Eliten, so dass sie zwar von der Kanzlerin hofiert würden, aber gleichzeitig in die Falle hineinstolperten, der schwarz-gelben Regierung den Rücken für ihre liberalen Reformprojekte frei zu halten. Außerdem hätten sie wenig getan, um die gewerkschaftliche Solidarität über die Branchengrenzen hinweg zu stärken. Diese sei nie besonders entwickelt gewesen; denn daran, dass sich die komfortabel etablierte IG Bergbau, Chemie, Energie oder die IG Metall für die Anliegen der Frauen in der Gaststätten- und Hotelbranche stark gemacht hätten, könne man sich nicht erinnern. Vielleicht seien die eigentlichen Gegner gar nicht die Arbeitgeber, sondern die politische Klasse in der Regierung. Gegen deren destruktive Sozial- und Arbeitspolitik – die Rente mit 67, die Demontage der solidarischen Krankenversicherung, die Tricks bei den Regelsätzen des Arbeitslosengelds II – sollte man zu einem politischen Streik, zu einem Generalstreik aufrufen. Dass ein früherer Bundesarbeitsrichter ihn als verfassungswidrig verurteilt habe, sei längst kein Argument, sich einem solchen Verbot zu beugen. Schließlich bleibe unverständlich, warum nicht längst, nachdem selbst Regierungsvertreter den abhängig Beschäftigten Lohnerhöhungen zugestehen, von Gewerkschaftsseite Druck gemacht worden sei, solche zu fordern und

durchzusetzen. Zwar blieben Gewerkschaften, die in der aktuellen Situation höhere Lohnforderungen stellen, zahnlose Tiger, wenn sie nicht durch einen gesetzlichen Mindestlohn, eine erleichterte Allgemeinverbindlichkeitserklärung der Arbeitsministerin und eine gesetzliche Gleichstellung der Leiharbeiterlöhne mit denen der Stammebelegschaft flankiert werden, aber dennoch sollte es das erste Ziel der Gewerkschaftsbewegung bleiben, die eigene, nicht abgeleitete Kampfkraft in einem und durch einen harten Tarifkonflikt zu erhöhen.

4. Die Kirche an sich selbst interessiert

Für die katholische Kirche war 2010 ein schwarzes Jahr. Die sexuellen und gewalttätigen Übergriffe kirchlicher Amtsträger an Kindern und Jugendlichen verbunden mit der Mixa-Affäre hat die Gemeinden schwerer erschüttert als die Krise um die Enzyklika Papst Pauls VI.: „*Humanae vitae*“ oder die Versöhnungsgeste des Papstes gegenüber der Pius-Bruderschaft, verbunden mit dem Friedensangebot gegenüber jenem Bischof, der den Holocaust leugnet.

Die Kirchenleitungen in Deutschland scheinen gelähmt, um auf diese Vergehen, die nicht nur ein katholisches „Gschmäcke“ haben, sondern katholische Systemfehler aufdecken, angemessen zu reagieren. Die Bischöfe verschieben eine angekündigte gemeinsame öffentliche Stellungnahme, sind nur zu einem geringen Teil an einem Zukunftsgespräch zwischen Bischofskonferenz und Zentralkomitee der Katholiken interes-

siert, legen den Hauptakzent ihrer Reaktion auf dogmatische Reflexionen über eine „sündige Kirche“ und eine spirituelle Erneuerung. Sie verweigern wie schon mehrmals in der Vergangenheit eine ergebnisoffene Diskussion über Defizite der historisch gewachsenen Kirchenverfassung.

Unbehagen, Unruhe, Widerstand und Protest in den Gemeinden, kirchlichen Verbänden und bei Geistlichen an der Basis richten sich auf vier Punkte: Erstens sei die Männermacht, die sich in geschlossenen Milieus, unter einem pädagogischen Deckmantel, umgeben mit religiöser Aura ausgebreitet hat, einzugrenzen. Zweitens sollte die verkrampfte, unterdrückte und fossile Sexualmoral einer radikalen Revision unterzogen werden. Drittens sollte die strukturelle Kopplung einer partnerschaftslosen Lebensform, die nicht selten widerwillig übernommen wird, von der Berufung zu einem geistlichen Amt in der Kirche gelöst werden. Viertens sollten Frauen zu allen kirchlichen, auch weihebasierten Entscheidungskompetenzen zugelassen werden. Und fünftens sind die historisch gewachsenen Elemente einer absolut monarchischen Kirchenverfassung zu beseitigen. Es spricht vieles dafür, dass Pfarrer von der Gemeindeversammlung gewählt werden, Bischöfe vom Diözesanrat, Päpste von den Delegierten einer Weltversammlung – und zwar auf Zeit.

Ein Teil des Unbehagens und der Unruhe im Kirchenvolk richtet sich auf die Beschäftigung der Kirchenleitungen mit sich selbst und dem Erhalt ihrer unkontrollierten Entscheidungs-

macht. Sie sorgen sich vorrangig um die sinkenden Einnahmen aus der Kirchensteuer, die sinkende Zahl und den Austritt der Kirchenmitglieder sowie die sinkende Zahl der Priesteramtskandidaten. Die erste Schlussfolgerung, die einer solchen Mentalität folgt, sind rigide Sparbeschlüsse. Diese richten sich nicht gegen das kirchliche „Kerngeschäft“, die Spiritualität und die Liturgie, auch nicht gegen die Pflege einer verfestigten katholischen Identität gegenüber anderen Konfessionen, sondern in erster Linie gegen die Einrichtungen, die an der Nahtstelle von Kirche und Gesellschaft angesiedelt sind. Eine zweite Schlussfolgerung besteht darin, die Zahl der Gemeinden entsprechend der Zahl der verfügbaren Priester zu vergrößern, Gemeinden gemäß diesen Kriterien zusammenzulegen und daraus pastorale Großräume zu schaffen. Gleichzeitig spüren die Bischöfe, dass das Sonderarbeitsrecht der Kirchen, das den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern weniger Rechte als in der gewerblichen Wirtschaft und im öffentlichen Dienst gewährleistet, brüchig wird. Denn Krankenhäuser, Verbände und caritative Einrichtungen, die dem Weisungsrecht des Bischofs nicht unmittelbar unterstehen, sind dabei, die Sphäre des so genannten Dritten Wegs zu verlassen. Die finanziellen und pastoralen Beschlüsse sind meist unter Ausschluss des Kirchenvolkes getroffen worden und lösen in den Kirchengemeinden, kirchlichen Gruppen und Verbänden eine wachsende Distanz zu den Kirchenleitungen aus. Dies führt in der katholischen Kirche tendenziell zu einem vertikalen

Schisma. Einzelne Katholiken regen bereits an, angesichts der Selbstlähmung der Bischofskonferenz eine Laiensynode einzuberufen und zu veranstalten.

Resümee

Ein Gemeinsames Sozialwort in einem Jahr, das durch gewichtige Wahlscheidungen in mehreren Bundesländern gekennzeichnet ist, hat zahlreiche Argumente für sich. Die gesellschaftliche Situation fordert die Kirchen heraus. Sie könnten eine Antwort darauf versuchen. Es würde eine Sternstunde der Kirchen werden. Aber aus der Sicht der katholischen Kirche stehen die Chancen eines Gemeinsamen Wortes nicht besonders gut. Die Sensibilität unter Katholiken, Sanitäts- und Samariterdienste in einer verwundeten Gesellschaft zu leisten, ist stark ausgeprägt. Nicht ebenso stark ist der Sinn für strukturelle Reformen in der Sphäre der Wirtschaft, der Politik und der Kirche entwickelt.

Außerdem müssten für das Projekt eines Neuen Sozialwortes Bündnispartner in den kirchlichen Gemeinden, Gruppen und Verbänden gefunden werden. Aber wo sind die ihnen nahe stehenden gesellschaftlichen Initiativen und Bewegungen, die mitmachen würden? Wäre ein dezentrales Engagement einem zentralen Projekt vorzuziehen? Jugendliche könnten sich vermutlich anstelle eines Sozialwortes einen bundesweiten „Aktionstag für soziale Gerechtigkeit“ vorstellen, der medienverstärkt in den zentralen Städten eines Bistums veranstaltet wird – mit Musikgruppen, Interviews,

Podiumsgesprächen, Informationsständen und thematischen Gottesdiensten, die sternförmig angefahren oder angegangen werden.

Dr. Friedhelm Hengsbach, Jahrgang 1937, SJ, Ludwigshafen, Prof. em. für christliche Gesellschaftsethik an der Philosophisch-Theologischen Hochschule St. Georgen, bis 2006 Leiter des Oswald von Nell-Breuning-Instituts, Frankfurt. Arbeitsschwerpunkte sind „Theorie demokratischer Marktwirtschaften“, „Zukunft der Arbeit und der sozialen Sicherungssysteme“ sowie „Wirtschafts- und Arbeitsethik“.

PASTORALREFERENT HERBERT BÖTTCHER,
KOBLENZ

„FAIR-TEILEN“ IN DER KRISE?

„Fair-Teilen“ klingt nach gerechter Verteilung von Arbeit und der Ergebnisse der Produktion. Die Forderung danach gewinnt ihre Plausibilität angesichts der sozialen Spaltungsprozesse. Wir erleben sie weltweit seit Jahrzehnten vor allem in den Ländern der Zweidrittelwelt. Statt nachholender Entwicklung müssen wir aber feststellen, dass sich nun auch in den sog. reichen Ländern Ausgrenzungs- und Spaltungsprozesse verschärfen.

Reicht da „Fair-Teilen“? Oder müssen wir registrieren, dass der Kapitalismus an Grenzen stößt, die nicht mehr zu überspringen sind? Dann würde die Perspektive des „Fair-Teilens“ zu kurz greifen. „Fair-Teilen“ bleibt in der Gefahr, illusionär Lösungen im Kapitalismus – d.h. auf der Grundlage gelingender Akkumulation des Kapitals – zu suchen, statt die Notwendigkeit einer Alternative zum Kapitalismus zu erkennen und entsprechende Perspektiven und Strategien zu entwickeln. Ich möchte deutlich machen, dass es um letzteres geht. Dabei knüpfe ich an Beobachtungen an, die den Alltag von immer mehr Menschen bestimmen.

1. Beobachtungen

1.1 Armut durch Arbeitslosigkeit und durch Arbeit

In unserer Gesellschaft wachsen Armut und soziale Spaltung. Armut entsteht sowohl durch Arbeitslosigkeit als auch durch Arbeit. Infolge des Produktivitätsfortschritts ist es möglich, mit immer weniger Menschen in immer kürzerer Zeit immer mehr Waren zu produzieren und Dienstleistungen anzubieten. In Armut werden also diejenigen „abgeschoben“, die für die Produktion „überflüssig“ sind. Gleichzeitig werden sie zu Versagern gestempelt und unter den Generalverdacht gestellt, staatliche Leistungen zu missbrauchen. Mit der Ausgrenzung als „Überflüssige“ verbindet sich die Erfahrung einer doppelten Demütigung: überflüssig und auch noch am eigenen Schicksal „selbst schuld“ zu sein.

In Armut geraten aber auch Menschen, die in Lohnarbeitsverhältnissen beschäftigt sind. Es geht darum, so kostengünstig wie möglich zu produzieren. Zumal in der Konkurrenz um Arbeitsplätze der Druck auf die Arbeit und die Arbeitenden wächst. Sie werden gezwungen, in prekären, d.h. ungesicherten Beschäftigungsverhältnissen und für Löhne zu arbeiten, die für das Leben nicht reichen.

1.2 Kapitalismus macht arm und krank

Kapitalismus macht nicht nur arm, sondern auch krank. Diejenigen, die in Lohnarbeit Beschäftigung finden, stehen unter dem krank machenden Druck, jede Zumutung in der Verwertung ihrer Arbeitskraft hinzunehmen. Schließlich gilt: Jede Arbeit ist besser als keine. Sie sollen ihre Arbeitskraft „mobil“ und „flexibel“,

d.h. an jedem Ort und rund um die Uhr, zur Verfügung stellen. Solche Unterwerfung unter das Diktat des Verwertungsprozesses gilt als zu leistende Eigenverantwortung. Genau dies wird bereits im von der bayrisch-sächsischen Zukunftskommission propagierten Leitbild des Menschen als Unternehmer seiner Arbeitskraft und Daseinsvorsorge propagiert¹³. Gefordert ist Selbstunterwerfung und dies soll auch noch Selbstverwirklichung sein. Sie geschieht in einem permanenten Kampf um Selbstbehauptung in der Konkurrenz; sie setzt Menschen unter den Zwang, immer besser, (aus)gebildeter, fitter, fähiger zur Selbstdarstellung als die Konkurrenten zu sein. Die Panik um die Befähigung zu optimaler Selbstverwertung prägt bereits die Angst vieler Eltern im Blick auf die Bildungsangebote in den Kitas. Diejenigen, die für die Verwertung ihrer Arbeit „überflüssig“ sind, leiden u. a. unter schlechter Ernährung, Demütigung, Perspektivlosigkeit, Depression. Psychologen sprechen von Traumatisierungserfahrungen in der doppelten Erfahrung von Ausgrenzung und Demütigung¹⁴. Und auch die „Überflüssigen“ entkommen nicht dem Diktat der Arbeit. Sie werden „gefördert und gefordert“. Auch sie sollen sich permanent in den Fähigkeiten trainieren, die der Verwertung ihrer Arbeitskraft dienen –

¹³ Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen: Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland. Entwicklung, Ursachen und Maßnahmen. Teil III, Maßnahmen zur Verbesserung der Beschäftigung, Bonn 1997, 36.

¹⁴ Ulrich Duchrow, Reinhold Bianchi, René Krüger, Vincenzo Petrarca: Solidarisch Mensch werden, Hamburg 2009.

auch dann, wenn dies ohne jede Perspektive auf einen Arbeitsplatz ist. „Es ist absurd: Die Gesellschaft war niemals so sehr Arbeitsgesellschaft wie in einer Zeit, in der die Arbeit überflüssig gemacht wird. Gerade in ihrem Tod entpuppt sich die Arbeit als totalitäre Macht, die keinen anderen Gott neben sich duldet.“¹⁵

2. In Armut, sozialer Spaltung und in der leiblichen und psychischen Zerstörung von Menschen wirkt sich die innere Schranke der kapitalistischen Produktion und Vergesellschaftung aus

An der Oberfläche der gesellschaftlichen Entwicklung zeigt sich die Krise als Krise der Arbeit. Sie treibt Menschen in persönliche Krisen und Krankheiten. Reflektieren wir die Tiefenstruktur der Krise, so wird eine logische Schranke der Kapitalvermehrung deutlich. Diese treibt ihn von einer Krise in die nächste.

2.1 Eine kapitalistische Gesellschaft ist dadurch gekennzeichnet, dass sie Waren produziert

Sie werden jedoch nicht zu dem Zweck hergestellt, Gebrauchswerte für menschliche Bedürfnisse zur Verfügung zu stellen. Es geht um Waren als Träger von Wert und Mehr-Wert. Ihr Wert lässt sich durch Tausch in Geld verwandeln. Die Vermehrung des Geldes ist der Zweck der kapitalistischen Veranstaltung. Geld

¹⁵ Gruppe Krisis: Manifest gegen die Arbeit, o.O. 1999, 5 (zugänglich etwa unter: www.krisis.org/1999/manifest-gegen-die-arbeit; zuletzt eingesehen am 10.4.2011).

wird als Kapital immer wieder neu in den Prozess der Verwertung eingespeist. Also: Mittels des Kapitals werden Waren produziert und getauscht. Teile des realisierten Werts fließen wieder neu in die unendliche Bewegung der Verwertung zwecks Vermehrung / Akkumulation des Kapitals. Kapitalistische Produktion dient also nicht dem Leben von Menschen und ihren Bedürfnissen, sondern einem abstrakten Selbstzweck: der Vermehrung des Kapitals um seiner selbst willen. Diesem Zweck dient die Arbeit. Insofern nur durch die Verausgabung von Arbeit Wert und Mehr-Wert produziert werden kann, ist die Arbeit die Substanz des Kapitals.

2.2 Entsorgung von Arbeit als der Substanz für die Produktion von Wert und Mehrwert

Die Warenproduktion geschieht jedoch nicht koordiniert, sondern in der Konkurrenz der Unternehmen. Um in der Konkurrenz bestehen zu können, sind die Unternehmen gezwungen, auf dem höchsten technologischen Stand zu produzieren. Nur mit hoher Produktivität können sie sich einen Vorteil in der Konkurrenz verschaffen. Konkurrenz erzwingt also Produktivitätsfortschritt. Der wiederum erzwingt immer höhere Investitionen in Sachkapital. Damit verändert sich die Zusammensetzung des Kapitals: mehr Technologie, also Sachkapital, und weniger menschliche Arbeit. Mit der Arbeit aber wird die zur Vermehrung des Kapitals notwendige Substanz zunehmend entsorgt. Dies hat zur Konsequenz: Die mit weniger

Arbeit (gemessen in Zeit) produzierte Ware stellt weniger Wert dar. Hier wird die logische Schranke der kapitalistischen Produktion bereits deutlich: Mit der im Zwang zum Produktivitätsfortschritt entsorgten Arbeit wird dem Kapitalismus die Grundlage für die Vermehrung des Kapitals entzogen.

2.3 Steigende Kosten

Gleichzeitig steigen die Kosten – sowohl die Geschäftskosten als auch die Kosten für die Rahmenbedingungen des Wertschöpfungsprozesses. Die Kosten, die für das hohe Niveau der Kapitalintensität aufgewendet werden müssen, überwuchern die Wertschöpfung. Hinzu kommen Reparaturkosten für die Umwelt und die sozialen Folgeprobleme wie Armut und Arbeitslosigkeit. An der Reduktion der Verausgabung abstrakter Arbeit und der damit abnehmenden Wertschöpfung sowie steigenden Kosten für Investitionen in Sachkapital und für das Funktionieren des gesamten Verwertungsprozesses droht die Verwertung zu ersticken. Es muss immer mehr an Kosten aufgebracht werden, um die Produktion von immer weniger Wert zu finanzieren.

2.4 Kompensation durch Massenproduktion und ihre Grenzen

Wenn der Anteil der Arbeit sinkt, die in der Produktion verausgabt wird, sinkt auch der Wert der einzelnen Ware. In ihr ist weniger Wert vergegenständlicht. Dieser Wertverlust der einzelnen Ware ließ sich über lange Jahre hinweg durch die

Ausweitung der Massenproduktion kompensieren. Diese Kompensation stößt jedoch auf eine innere und eine äußere Grenze

Die innere Grenze ist durch die mikroelektronische Revolution markiert. Je mehr auf ihrer Grundlage produziert wird, schmilzt mehr produktive Arbeit und damit mehr Wertschöpfung ab, als durch die Erweiterung von Produktion und Märkten ausgeglichen werden kann. Die äußere Grenze besteht in der Sättigung der Märkte. Das Wachstum an Produktivität ist größer als die Ausdehnungsmöglichkeiten von Waren und Arbeitsmärkten.

2.5 Kompensation durch Scheinakkumulation auf den Finanzmärkten und das Platzen von Blasen

In den letzten Jahrzehnten zeichnete sich bereits das Problem ab, vor dem die Krise des Kapitalismus gegenwärtig steht: Angesichts des sinkenden Anteils der Arbeit, der steigenden Kosten für Produktion und Finanzierung der gesamten kapitalistischen Veranstaltung einschließlich ihrer Folgeprobleme sowie der genannten Grenzen ist die Finanzierung nur über Verschuldung möglich. Dies zeichnete sich bereits in der Verschuldungskrise der Zweidrittelwelt sowie im Scheitern nachholender Entwicklung unter dem Diktat des Staates (des sog. Sozialismus) ab.

Der „liberale“ Kapitalismus schien einen Ausweg der Verschuldungs- und Finanzierungs Krise in den Finanzmärkten gefunden zu haben. Aus

ihnen schien das Geld aus einer unerschöpflichen Quelle zu sprudeln. Das Problem dabei ist: Der Vermehrung des Geldes – ohne Produktion – auf den Finanzmärkten entspricht kein realer Gegenwert. Das Kapital akkumuliert durch den Kauf und Verkauf von Finanztiteln. Dabei wird Geld vermehrt, ohne dass Wert vermehrt wird. Es kommt zu rein fiktiven Wertsteigerungen, die mit Gewinnen aus Arbeit nichts zu tun haben. Akkumulation wird lediglich simuliert. Geld und Arbeit, Finanzmärkte und Realökonomie werden entkoppelt. Diese Entkopplung ist Ausdruck dafür, dass die Realakkumulation (durch Verausgabung von Arbeit in der Warenproduktion) auf ihre Grenzen stößt. Akkumulation wird zur Scheinakkumulation. Die durch Scheinakkumulation erzeugten Blasen platzen, wenn die Illusion erlischt, dass der in den Wertpapieren fiktiv dargestellte Wert eingelöst werden kann. Die Immobilienblase 2008 kam zum Platzen, als für viele „Häuslebauer“ die Refinanzierung der Kredite nicht mehr gesichert war.

Das Platzen der Blasen hat herbe Auswirkungen auf die Realwirtschaft. Hier wird deutlich: Geld und Arbeit, Finanzwirtschaft und Realwirtschaft sind zwar entkoppelt, aber zugleich ist die Scheinakkumulation auch an die Realwirtschaft rückgekoppelt. Die Realwirtschaft ist abhängig von der simulierten Akkumulation auf den Finanzmärkten, insofern substanzlose Gelder über die Finanzierung von Konsum und Investitionen in die Realwirtschaft zurückfließen. Daher

führt das Platzen spekulativer Blasen zu massiven Ein- und Zusammenbrüchen in der Realwirtschaft.

Deshalb ist hier der Staat als Retter gefragt. Er greift zu einem Instrument, das als gescheitert galt, die Finanzierung des Kapitalismus durch Staatsverschuldung. Da die reale Basis für die Akkumulation des Kapitals durch das Abschmelzen der Arbeit wegbricht, ist diese Finanzierung durch keine Aussicht auf künftiges Wachstum gedeckt.

Also: Weder durch Ausweitung der Massenproduktion noch durch Scheinakkumulation auf den Finanzmärkten kann die innere Schranke der Kapitalverwertung kompensiert werden. Der Kapitalismus stößt auf Grenzen, die er nicht überwinden kann. Er ist ohne Entwicklungsperspektive. So bleiben nur noch das Wachstum der Krise und ihre Verwaltung.

3. Der Staat als ideeller und von der Akkumulation abhängiger Gesamtkapitalist wird zum Krisenverwalter

Als wir im Ökumenischen Netz anfangen, uns kritisch mit Globalisierung zu beschäftigen, haben wir von der „Allmacht der Wirtschaft“ und der „Ohnmacht der Politik“ gesprochen. Inzwischen haben wir gelernt: Der Staat ist nicht einfach Gegenspieler zur Wirtschaft. Markt und Staat sind nicht Gegensätze, sondern können nur gemeinsam – wenn auch in unterschiedlichen Funktionen und in einem Spannungs-

verhältnis zueinander – das Betriebssystem einer kapitalistischen, d. h. warenproduzierenden Gesellschaft sichern. Der Staat ist von gelingender Akkumulation abhängig. Er kann nur finanzieren, was er für seine Aufgaben von der Wertschöpfung über Steuern abzweigt. Insofern zieht Marktversagen immer Staatsversagen nach sich. In der Krise ist er gezwungen, im Interesse seiner eigenen Funktionsfähigkeit die Akkumulation durch Anreize zu fördern und dabei zugleich seine Aufgaben zu beschränken. Versagt die Akkumulation, versagt auch der Staat. Der Staat ist also Teil des Betriebssystems und damit Teil des Problems und nicht ein Organ, mit dessen Hilfe der Kapitalismus überwunden werden könnte.

Je mehr sich die Krise zuspitzt, mutiert der Staat vom Sozialstaat zum Krisenverwalter. Die Akkumulationskrise, in der sich die Schranke der Verwertung zeigt, meint er durch Investitionsanreize bewältigen zu können. Steuersenkung, Deregulierung, Privatisierung sind die allseits bekannten Patentrezepte. Begleitet ist diese durch die verschiedenen Varianten des Sozialabbaus. Damit sollen die Staatsfinanzen geschont und Schulden abgebaut werden. In dem bekannten Mix aus wirtschaftlichen Anreizen und Sozialabbau geht es darum, Wirtschaft und Staat zu entlasten und den Standort Deutschland konkurrenzfähig zu machen. Nicht zufällig sind diese „liberalen“ Maßnahmen durch den Ausbau der Sicherheitssysteme – von der sog. inneren Sicherheit bis hin zur Militarisierung – untermauert. Dies

dient dem Zweck, auch angesichts von in der Krise wachsenden sozialen und ökologischen Unsicherheiten die Funktionsfähigkeit des Systems zu sichern.

Aufgabe des Staates ist es also, angesichts konkurrierender wirtschaftlicher Interessen sowie gesellschaftlicher und politischer Krisen das Gesamtsystem zu sichern. Diese Logik erleben wir in der gegenwärtigen Krise: Der Staat rettet Banken und einbrechende Konjunktur, weil sie „systemrelevant“ sind. Die Folge ist eine wachsende Staatsverschuldung. Das Problem der Staatsverschuldung signalisierte bereits in den 70er Jahren die Grenzen der Finanzierbarkeit der kapitalistischen Veranstaltung. Sie wurde zum Ausgangspunkt der neoliberalen „Reformen“. Auch sie konnten die Systemkrise nicht kompensieren. Nun stehen wir wieder da, wo der Neoliberalismus begann – allerdings auf einem wesentlichen höheren Niveau der Verschuldung. Von einer Reihe von Staaten kann es nicht mehr bewältigt werden. So führt die Verschuldungskrise in die Krise der Staatsfinanzen und in die Krise des Euro.

4. Die Krise der Staatsfinanzen und die Krise des Euro

Der Kapitalismus war bereits in den letzten Jahrzehnten nur durch Verschuldung (und als deren Folge durch simulierte Akkumulation) zu finanzieren. Die Exporterfolge der einen wurden mit den Defiziten, d.h. der Verschuldung der anderen bezahlt. Mit dem Staatsbankrott einer Reihe von europäischen Ländern droht der

europäische Defizitkreislauf zum Erliegen zu kommen. Dies soll durch die Geldschwemme der Europäischen Zentralbank aufgefangen werden. Mit der Geldschwemme wiederum soll eine Konjunktur befeuert werden, bei der kein sich selbst tragender Aufschwung abzusehen ist. Die Folge der Geldschwemme sind chaotisch schwankende Währungen. In ihnen drückt sich keine ökonomische Stärke oder Schwäche aus, sondern Instabilitäten im Verfall der Währungen, die alle dramatisch gegenüber dem Gold verlieren. Die Krise der Finanzmärkte wird zur Krise des Geldes und seiner staatlichen Garantien. Der Entkoppelung der Waren von ihrer Arbeitssubstanz entspricht die Entkoppelung des Geldes von seiner Wertschubstanz.

Der Euro ist dabei in einer besonders kritischen, weil zwiespältigen Situation. Er ist einerseits nötig, damit der Euroraum in der Konkurrenz der Wirtschaftsblöcke bestehen kann. Zum andern ist er dadurch im Nachteil, dass er als Einheitswährung in einem Raum mit einem sehr unterschiedlichen nationalen Gefälle von Produktivität und Kapitalkraft fungiert und nicht an eine einheitliche politische Souveränität gebunden ist. So wird er zum Streitpunkt gegensätzlicher Interessen.

5. „Realpolitik“ als Wahl zwischen Pest und Cholera

Die sog. Realpolitik, die sich von der Illusion speist, den Kapitalismus vor sich selbst retten zu können, steht immer wieder neu vor der Wahl zwischen Pest und Cholera:

- Rettungsprogramme für marode Banken und Konjunkturprogramme für eine Wirtschaft, die auf die Grenze ihre Akkumulationsmöglichkeiten stößt, häufen Schuldenberge auf, die real nicht mehr erwirtschaftet werden können. Die Sparprogramme wiederum würgen eine Konjunktur ab, die von der Geldzufuhr aus Verschuldung, also von Defizitkreisläufen abhängig ist.
- Wird in der Krise von den Notenbanken mehr Geld in die Wirtschaftskreisläufe eingespeist, entspricht das Geld immer weniger den wirklichen Wertverhältnissen. Die Konsequenz ist die Entwertung des Geldes. Die drohende Inflation wiederum soll durch Sparprogramme abgewehrt werden, die zur Bremse für die Konjunktur werden.
- Der Preis für die Rettung des Euro sind wiederum Sparprogramme. Sie werden den vom Staatsbankrott „geretteten“ kapitalschwachen Staaten aufgezungen. Die Folgen dürften in der Entwertung der Arbeitskraft, aber auch von Sach- und Warenkapital bestehen. Diese Prozesse werden sich jedoch kaum auf die sog. Krisenländer beschränken lassen, sondern entsprechende Auswirkungen in Gestalt von Arbeitslosigkeit und weiterem Sozialabbau auch auf die exportstarken Länder haben, die von den Defiziten der anderen abhängig sind. Die

von der Bundesanstalt für Arbeit verkündeten Erfolgsmeldungen über den Rückgang der Arbeitslosigkeit täuschen. Die Zahl gutbezahlter Vollzeitarbeitsstellen sinkt, die der schlechtbezahlten Teilzeitstellen nimmt zu. Das hat Auswirkungen auf die Kranken- und Rentenkassen. Und mit dem Verdienst in Teilzeitjobs lässt sich auch keine private Vorsorge finanzieren – ganz zu schweigen von den Problemen, die aufbrechen, wenn die deutschen Exporte nicht mehr durch die Defizite der Abnehmerländer finanziert werden können.

6. Orientierung für die Suche nach Alternativen oder: Die „Würde des Menschen“ ist nicht verhandelbar

Im Krisenzusammenhang des Kapitalismus kann eine auf Systemerhaltung zielende Politik offensichtlich nichts anderes sein als perspektivlose Krisenverwaltung. Politisches Handeln von sozialen Bewegungen darf sich nicht damit zufrieden geben, die Krise abmildernd mitzugestalten. Vielmehr müsste im Widerstand gegen eine menschenunwürdige und repressive Krisenverwaltung eine politische Perspektive gesucht werden.

Die Anerkennung des Rechts auf Leben aller Menschen und ihre Teilhabe am gesellschaftlichen Zusammenleben ist nicht verhandelbar und kann deshalb auch nicht unter Finanzierungsvorbehalt gestellt werden. Die Produktion, dessen, was Menschen für ein gutes Leben

brauchen, sowie die Organisation der Teilhabe am gesellschaftlichen Zusammenleben darf nicht von der Kapitalverwertung abhängig sein.

Deshalb ist es wichtig, unabhängig von der Finanzierbarkeit auf Forderungen wie Mindestlohn und Abschaffung von Hartz IV, Absicherung in Krankheit und Alter zu bestehen, Widerstand zu organisieren gegen immer neuen Kürzungen, Schikanen und Zwangsmaßnahmen der Arbeitsverwaltung, gegen Privatisierung und/oder Stilllegung von lebenswichtigen Infrastrukturen, gegen die Ausrichtung von Bildung und Forschung auf die in die Sackgasse geratenen Bedürfnisse der Kapitalverwertung. Diese Forderungen sind im Rahmen des kapitalistischen Betriebssystems nicht finanzierbar, weil sie an die (illusionäre) Voraussetzung „gelingender“ Kapitalverwertung gebunden sind. Genau das aber spricht nicht gegen die genannten Forderungen, sondern gegen das kapitalistische Betriebssystem, das auf menschenwürdiges Leben für alle nicht „eingestellt“ werden kann.

Das heißt aber nicht, dass diese Forderungen generell unerfüllbar wären. Im Gegenteil, gesellschaftlich sind die stofflichen und praktisch-technischen Voraussetzungen für ihre Erfüllung vorhanden. Nur können sie im kapitalistischen Rahmen nicht zu diesem Zweck aktiviert werden, weil sie dem Zweck der Kapitalverwertung unterworfen sind. So wird es weiter gehen damit, dass immer mehr Menschen obdachlos werden, während Wohnungen leer stehen, dass Kranke,

und Pflegebedürftige nicht ausreichend versorgt bleiben, während Krankenhäuser geschlossen werden... – und das trotz des vorhandenen stofflichen Reichtums und der technischen Möglichkeiten.

Die Herausforderung bestände also darin, den weltweiten Fluss stofflicher und sozialer Ressourcen so zu organisieren, dass sie auf die Bedürfnisse von Menschen ausgerichtet werden, statt die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse von der Kapitalverwertung abhängig und damit immer unmöglicher zu machen. Dabei gibt es gute Gründe, darauf zu vertrauen, dass der reale Mensch als leiblich-sinnliches und soziales Wesen, das trotz aller Deformierung die Unterwerfung unter die Zwänge der Kapitalverwertung sein Leiden darunter in seinem Körper und in seiner Seele spüren und zum Ausdruck bringen kann. Er ist fähig, sich mit anderen über seine Leiden zu verständigen, sie analysierend zu begreifen und Strategien zu entwickeln, sich aus der Zwangsjacke der Kapitalverwertung zu befreien. Dazu braucht es sozialer Orte, reflektierender Milieus, in denen sozialer Widerstand und emanzipatorische Orientierungen wachsen können.

Von den Kirchen wäre zu erwarten, dass sie zu solchen Orten werden und ihre biblischen Traditionen der Befreiung als Ressourcen des Widerstands und der Hoffnung in die Prozesse kritischer Reflexion und Neuorientierung einbringen: Das Gottesgedächtnis der biblischen Traditionen macht empfindsam für

eigenes und fremdes Leid. Es ist untrennbar mit der Perspektive eines solidarischen Menschwerdens und der Hoffnung auf Erlösung, auf einen neuen Himmel und eine neue Erde verbunden.

Die Kirchen müssten vor allem der Versuchung widerstehen, im Kampf um Selbstbehauptung der Institution in der Konkurrenz auf dem Markt des „Religiösen“ warenförmige Angebote religiöser Entlastung durch Wellness und Events anzubieten. Eine Wohlfühl- und Erlebnisreligion bietet Entlastung in Krise und Untergang, wo Erlösung und Befreiung im Interesse des Lebens von Mensch und Schöpfung gefordert wäre. Wenn die Kirchen den biblischen Traditionen treu bleiben wollen, dürfen sie sich damit nicht begnügen. Die Bibel erzählt nicht davon, dass im Sklavenhaus Ägypten „Räume der Stille“ eingerichtet worden wären, um es dort aushaltbarer zu machen. Sie erzählt von einem Gott, der aus den Sklavenhäusern befreit – aus Ägypten und Babylon, über Rom bis in unsere Tage. Mit seinem Namen verbindet sich nicht Entlastung, sondern die Hoffnung auf Erlösung als Befreiung von Unrecht und Gewalt, aus Leid und Tod.

Herbert Böttcher, Jahrgang 1954, Pastoralreferent im Dekanat Koblenz, Vorsitzender des Ökumenischen Netzes Rhein-Mosel-Saar und seit Anfang der 80er Jahre Mitglied der Pax Christi-Kommission „Globalisierung und soziale Gerechtigkeit“

Anhang 1

Bistum Trier – Pressedienst Saar

2. Dezember 2010

Fair teilen statt sozial spalten

Erstes Ökumenisches Sozial- und Wirtschaftsforum Saar

Saarbrücken – „Fair teilen statt sozial spalten“ – Unter diesem Motto haben sich am 26. November rund 70 Interessierte in Saarbrücken zum „Ökumenischen Sozial- und Wirtschaftsforum Saar“ getroffen. Eingeladen hatten eine breite Veranstaltergemeinschaft aus der Katholischen und der Evangelischen Kirche. Kooperationspartner waren die Arbeitskammer des Saarlandes und der Saarland Sozialgipfel. Den beteiligten Initiativen, Institutionen und Gruppen geht es um die Frage, wie der vorhandene Reichtum gerecht eingesetzt werden kann, sodass er allen Menschen zugute kommt. Gebraucht werde eine „radikale gesellschaftliche Umkehr, ein Neubeginn, der die Schöpfung bewahrt und allen Menschen Gerechtigkeit schafft“, sagte Mitinitiator Albert Ottenbreit von der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung. Gebraucht würden Alternativen zu einem Leben auf Kosten der Armen und der Natur. Die Initiative will deshalb eine Diskussion führen um die Zählung des „global herrschenden Kapitalismus“. Auch die Kirchenleitungen wolle man in dem Diskussionsprozess in die Pflicht nehmen und zur Erarbeitung eines neuen „Sozial- und Wirtschaftswortes“ auffordern.

Beim Saarbrücker Forum gaben drei Experten Impulse zur Diskussion. Der Heidelberger Theologe Professor Dr. Ulrich Duchrow forderte die Entwicklung von Alternativen zur Eigentums-Geldwirtschaft, weil er im Rahmen des Kapitalismus langfristig keine Chancen auf Gerechtigkeit sieht. Den Kirchen komme es zu, das biblische Motiv der Gerechtigkeit in den Diskussionsprozess einzubringen. Die Frage sei, wie alle gemeinsam überleben und gut leben können. Dazu aber sei es notwendig, die Natur als Gabe und nicht als Ware zu sehen und Geld als Gemeingut zu begreifen. „Anders Leben heißt besser leben“, fasste Duchrow seine These zusammen. Professor Dr. Friedhelm Hengsbach, Theologe und Gesellschaftsethiker aus Ludwigshafen nannte die Bedingungen für ein neues Sozialwort „nicht gerade ermutigend“. Der Staat befinde sich in Geiselhaft des internationalen Finanzkapitalismus. Gläubiger und Banken würden in der Krise gerettet, die Kosten dafür trage die Allgemeinheit. Die Wirtschaft mache nach der ersten Erholung nach der Finanzkrise weiter wie vorher. In der Gesellschaft habe das bürgerliche Milieu die Deutungshoheit übernommen. Die Gewerkschaften seien als Ordnungsfaktor gelähmt. Den Kirchen sprach Hengsbach eine „Wagenburg-Mentalität“ zu und Desinteresse am Dialog. Der Koblenzer Theologe Heribert Böttcher forderte die Entwicklung von Alternativen zu Kapitalismus, weil es innerhalb dieses Wirtschaftssystems keine Alternativen für ein humanes Überleben gebe. Die Kirchen müssten sich profilieren als sozialer Ort des Nachdenkens, was hier und weltweit mit Menschen geschieht. Dazu hätten die Kirchen „enorme Ressourcen“, etwa in den

biblischen Traditionen, zur Verfügung. Sabine Ferenschild vom Ökumenischen Netz Rhein-Mosel-Saar leitete die Saarbrücker Diskussion, in die auch Stellungnahmen kirchlicher Gruppen und der Gewerkschaften einfließen.

Die Kirche müsse verstärkt Orte der Unterbrechung des Alltags zur kritischen Reflexion der gesellschaftlichen Situation werden, nannte Ottenbreit als ein Ergebnis. Die Vernetzung und Bündnisbildung zwischen kirchlichen und gewerkschaftlichen Gruppen oder sozialen Bewegungen müsse verstärkt werden. Die Suche nach Alternativen in oder zum Kapitalismus brauche solche konstruktivkontroverse Diskussion.

Herausgegeben von der Bischöflichen Pressestelle Trier, Redaktion Saarbrücken
Verantwortlich: Dr. Stephan Kronenburg, Redaktion: Hans Georg Schneider
Fon 0681-90 68 201, Fax 0681-90 68 209, E-Mail: bipsaar@bistum-trier.de
Internet: www.presse.bistum-trier.de

Anhang 2

Fair Teilen statt Sozial Spalten

Aufruf zu einer politischen Zeitansage auf dem Ökumenischen Kirchentag 2010

Kurzfassung für eilige Leserinnen und Leser:

Die neoliberale Globalisierung steht vor einem Scherbenhaufen aus globalen Krisen. Auf ökologische Zerstörung und die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich antworten wir als Christinnen und Christen. Wir Unterzeichnende dieses Aufrufs wollen eine Ökonomie, die sich an den ethischen Leitbildern der Bibel ausrichtet: Gerechtigkeit, Teilen, Bewahrung der Schöpfung – denn es ist genug für alle da. Was wir fordern, bedeutet nichts weniger als eine soziale und ökologische Revolution; einen Neubeginn, der uns ein gerechtes und nachhaltiges Leben erst ermöglicht.

Der Ökumenische Kirchentag 2010 muss sich den globalen Herausforderungen stellen. Er darf nicht Schaubühne für Politiker und Ort der Beschwichtigung werden. Im Sinne unserer Forderungen wollen wir gemeinsam auf dem Ökumenischen Kirchentag 2010 soziale Bewegung für unsere Forderungen entfachen. Wir nehmen die Politik, unsere Kirchen wie auch uns selbst in die Pflicht: Fair teilen statt sozial spalten!

Wir stehen vor einem Scherbenhaufen aus globalen Krisen. Trotz hoher wirtschaftlicher Wachstumsraten über zwei Jahrzehnte leben 2,6 Milliarden Menschen von weniger als zwei US-Dollar pro Tag. Die Preise für Lebensmittel, Öl und andere Rohstoffe explodieren. Auf allen Kontinenten wächst die Kluft zwischen Arm und Reich. Menschen werden aus ihrer Heimat vertrieben, Hunderttausende sterben in kleinen und großen Kriegen. Das Erdklima wird wärmer, Natur wird zerstört. Arten sterben aus. Die Belastbarkeit des Planeten stößt an ihre Grenzen.

Diese globalen Krisen sind keine Naturereignisse. Sie sind die Folgen von Entscheidungen, die Menschen getroffen oder versäumt haben. Deshalb fordern diese Krisen uns als Christinnen und Christen heraus. Wir engagieren uns in unterschiedlicher Form für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung. Und wir werden nicht zulassen, dass Mensch und Natur weltweit wirtschaftlichen und politischen Machtinteressen geopfert werden. Denn wir wissen aus unserem Engagement: Eine andere Welt ist möglich, wenn der Wille dazu da ist.

Armes reiches Land

„Tiefe Risse gehen durch unser Land“, beklagten die Kirchen in ihrem Wirtschafts- und Sozialwort von 1997. Seither ist dieses Land viel reicher geworden – aber die Risse in der Gesellschaft noch viel tiefer. Die Renditen der Kapitaleigner und die

Spitzengehälter sind stark angestiegen. Doch Millionen Kinder wachsen in Armut und ohne Chancen auf. Millionen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern erhalten Billiglöhne. In Kindergärten, Schulen, in Krankenhäusern und an Universitäten entscheidet immer öfter der Geldbeutel über die Lebenschancen. Sinkende Einkommen setzen vor allem Alleinerziehende und Familien mit mehreren Kindern unter Druck.

Im Land des Exportweltmeisters verfällt der Wert der Erwerbsarbeit dramatisch. Geringfügige Beschäftigung, zumeist von Frauen erbracht, schafft keine soziale Sicherheit. Mehr als eine Million Vollzeitbeschäftigte müssen staatliche Zuschüsse beantragen, weil sie von ihrer Arbeit nicht leben können. Befristete Arbeitsverhältnisse schaffen ein neues Nomadentum und verbauen eine verlässliche Lebensplanung. Zeit- und Leiharbeit boomen. In den Belegschaften stehen immer mehr ungesicherte Arbeitskräfte immer weniger Stammkräften gegenüber und werden gegeneinander ausgespielt. Und Migrantinnen und Migranten werden nur geduldet, wenn sie der Wirtschaft dienen. Ansonsten sollen sie draußen bleiben.

Die Gesellschaft ist tief gespalten: Ein Viertel der Menschen ist von Armut bedroht. Millionen werden faktisch aus der Gesellschaft ausgeschlossen. Der Mittelstand schrumpft und fürchtet den Abstieg. Umgekehrt verabschieden sich viele Reiche von der Gesellschaft. Sie vermehren ihr Vermögen, ohne viel zu einem gerechten Gemeinwesen beizutragen. Kurzum: Das Versprechen des Wohlstands für Alle der Sozialen Marktwirtschaft ist gebrochen.

Die Verantwortung der Politik

Diese soziale Zerrüttung ist kein Naturereignis. Sie ist maßgeblich politisch verschuldet. Seit mehr als zwei Jahrzehnten folgt die deutsche Politik wirtschaftsliberalen Parolen. Sie hat die Unternehmen von Steuern und Abgaben entlastet, den Arbeitsmarkt liberalisiert und viele staatliche Dienste privatisiert – bis hin zur Altersvorsorge und zum Gesundheitssystem. Diese Politik setzt die Menschen der wirtschaftlichen Konkurrenz ungeschützt aus: Der Stärkere siegt, die Schwächeren bleiben auf der Strecke. Eine Gesellschaft, in der nach christlich-jüdischen Maßstäben von Fairness, Gerechtigkeit und Solidarität einer des anderen Last trägt, ist in weite Ferne gerückt. Gleichzeitig fehlt der politische Wille, neue Arbeitsplätze zu fördern und mehr in Bildung und andere soziale Dienste zu investieren. Der private Reichtum wächst – die öffentliche Armut auch.

Weltweit läuft die gleiche Entwicklung. Seit den 1980er Jahren hat die Politik den Verkehr von Waren, Dienstleistungen und Kapital dem freien Markt überlassen. Gerade die armen Länder wurden gezwungen, unkontrollierte Auslandsinvestitionen und subventionierte Agrarprodukte ins Land zu lassen, soziale Abgaben zu senken und ihre sozialen Dienste zu privatisieren. Jetzt beherrschen globale Konzerne und Finanzinvestoren die Welt. Mit der Globalisierung der Wirtschaft beginnt sich in einigen Schwellenländern ein Mittelstand zu entwickeln. Dennoch sind die sozialen Gegensätze noch größer

geworden: in den reichen Industrieländern, zwischen Wohlstandsländern und vielen Ländern des Südens und auch in den Ländern des Südens und Ostens.

Die Globalisierung verbreitet die Wachstumswirtschaft der Industriestaaten mit ihrem ungeheuren Ressourcenverbrauch in jede Ecke der Erde. Die Eliten im Süden kopieren den Norden. Alle Menschen auf der Erde wollen so leben, wie die Reichen leben, wozu sie so lange das Recht haben, wie die Reichen sich dieses Recht nehmen. Doch das herrschende Wachstumssystem stößt an die Grenzen des Planeten: ökologisch und sozial. Ökologisch, weil das globale Wirtschaftswachstum die Natur immer rasanter zerstört. Sozial, weil die steigenden Preise für Rohstoffe und Lebensmittel überall zuerst die Armen treffen.

Ein simples „Weiter so“ auf dem Weg der Globalisierung ist keine Lösung. Der Neoliberalismus ist am Ende. Deshalb sind wir gefordert, Auswege und Alternativen einzubringen. Was ansteht, ist nicht weniger als eine soziale und ökologische Revolution; ein Neubeginn, der uns ein gerechtes und soziales Leben erst ermöglicht.

Das Kamel und das Nadelöhr

Zu diesen Entwicklungen können und wollen wir als Christinnen und Christen nicht schweigen. Die ethische Grundorientierung unseres Glaubens ist „Gottes vorrangige Option für die Armen und Ausgegrenzten“, wie es auch im Wirtschafts- und Sozialwort heißt. In einer Zeit, in der die Schöpfung bedroht ist und in der Armut ebenso wächst wie privater Reichtum, brauchen wir eine Ökonomie, die sich an den ethischen Leitbildern der Bibel ausrichtet: Gerechtigkeit, Teilen, Bewahrung der Schöpfung – denn es ist genug für alle da. Möglich werden solche Strategien nur, wenn unbequeme Themen wie Reichtum, Wirtschaftswachstum, Macht und Eigentum nicht weiter tabuisiert werden.

„Eher geht ein Kamel durch ein Nadelöhr, als dass ein Reicher in das Reich Gottes gelangt“ (Mk 10,25). So radikal formuliert die Bibel ihre Kritik an den Reichen. Damit wird der Reichtum nicht einfach verteufelt. Es wird klar unterschieden: Reichtum, der zum Wohlstand aller beiträgt und mit den Armen geteilt wird, ist ein Segen. Reichtum, der nicht mit den Armen geteilt wird oder durch Beugung des Rechts und durch unfairen Handel erzielt wurde, ist ein Fluch. So ist das Kamel für uns das provokative Symbol für eine gerechte Umverteilung von Reichtum zu Gunsten der Armen. Schließlich leben wir nicht nur in einem reichen Land, sondern in einer reichen Welt.

Eine Welt, in der das Teilen des Reichtums zur Grundlage des Überlebens wird, kennt sicherlich auch Kamele, die durch Nadelöhere gehen. So bedeutet uns das Kamel nicht nur ein Zeichen der Mahnung. Für uns ist es auch ein Hoffnungssymbol für ein Leben aus der Erinnerung an Gleichheit und Teilen (Lk 4,18; Lk 19,8; Apg 4,35) und der biblischen Vision eines Lebens aus der Hoffnung auf das Festmahl der Befreiten (Offb 21).

So ermutigt uns das Wirtschafts- und Sozialwort und schärft unseren Blick, Heil und Erlösung in den gesellschaftlichen Konflikten und Spaltungen unserer Zeit zu suchen, wenn es dort heißt: wir „können nicht das Brot am Tisch des Herrn teilen,

ohne auch das alltägliche Brot zu teilen. Ein weltloses Heil könnte nur eine heillose Welt zur Folge haben. Der Einsatz für Menschenwürde und Menschenrechte, für Gerechtigkeit und Solidarität ist für die Kirche konstitutiv und eine Verpflichtung, die ihr aus ihrem Glauben an Gottes Solidarität mit den Menschen (...) erwächst.“

Das Engagement für eine Welt des Teilens und für eine Wirtschaftsweise, die die Schöpfung bewahrt, ist Verpflichtung für jeden von uns.

Doch so notwendig und wertvoll das Engagement der Einzelnen ist – es kann globale Probleme alleine nicht lösen. Dazu braucht es politisches Engagement für Regeln, Anreize und Gesetze, die alle gleichermaßen binden. Von den Kirchen erwarten wir beides: das Engagement in den Gemeinden und den Mut zu prophetischer Provokation. Wer sonst soll das gerechte Teilen, den fairen Umgang mit ihren Beschäftigten und den bewahrenden Umgang mit den Ressourcen vorleben, wenn nicht die Kirchen, die diese Ziele predigen? Wer sonst könnte die prophetische Kraft haben, um jene unbequemen Fragen über eine gerechte Zukunft für alle Menschen an die Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft zu stellen, wenn nicht die Kirchen?

Die große Chance: Der ökumenische Kirchentag

Für diese prophetische Zeitansage bietet sich den Christinnen und Christen eine große Chance: der ökumenische Kirchentag in München im Jahr 2010. Die Kirchen des Südens fordern uns in den Kirchen des Nordens schon lange zu Konsequenzen aus den globalen Krisen auf. Deshalb gilt es jetzt, die unbequemen Fragen zum Thema zu machen, die von breiten Kreisen in Politik und Gesellschaft gerne ausgespart werden: jene nach einer gerechten Verteilung des Reichtums, nach einer gerechten Teilhabe aller an wirtschaftlicher und politischer Macht und nach einem Wirtschaftssystem jenseits des unbegrenzten Wachstums. Hier gilt es, die Politikerinnen und Politiker zur Auseinandersetzung über grundsätzliche Fragen zu bewegen, statt sie kurz einfliegen, reden und Beifall abholen zu lassen. Katholiken- und Kirchentage waren immer ein Forum der breiten Debatte und Kristallisationspunkte sozialer Bewegungen. In den vergangenen Jahren wurden sie jedoch vermehrt zu Showbühnen, in denen Ausgewogenheit vorherrscht und kontroverse Positionen die Ausnahme blieben. Wir wünschen uns einen Ökumenischen Kirchentag, auf dem klare Forderungen für mehr Gerechtigkeit zwischen Arm und Reich und für die Bewahrung der Schöpfung offen diskutiert werden – ohne falsche Rücksicht auf politische Ausgewogenheit und gesellschaftliche, aber auch kirchliche Machtstrukturen. Krisen eröffnen auch Chancen. Aber nur dann, wenn mutig und ohne Tabus über neue Wege und Strategien diskutiert wird. Wir wollen, dass unsere Kirchen dabei voran gehen. Deshalb stellen wir Fragen an unsere Gesellschaft, und auch an unsere Kirchen als Institution. In die Diskussionen auf dem Kirchentag wollen wir gemeinsam mit folgenden zentralen Forderungen eintreten:

1. Soziale Sicherheit für Alle

Die sozialen Sicherungssysteme müssen allen Menschen ein Leben in Würde mit und ohne Erwerbsarbeit ermöglichen: garantierte Mindestlöhne, mehr Kindergeld und eine armutsfeste Grundsicherung sind wichtige Grundelemente, um Armut in jedem Alter und in jeder Lebenssituation zu verhindern. Gesundheit, gute Ernährung und menschenwürdige Pflege sind unteilbare Rechte, zu denen jeder und jede gleichen Zugang haben muss, unabhängig von Geldbeutel und Bildung.

2. Fair beteiligen

Alle Menschen müssen die Chance erhalten, sich in dieser Gesellschaft zu verwirklichen und an ihren Entscheidungen und an ihrem Reichtum teilzuhaben. Dies erfordert ein Bildungssystem, das alle Schülerinnen und Schüler möglichst frühzeitig fördert und nicht auf Auslese und Elitebildung setzt. Gute Bildung muss mehr sein als Ausbildung und ein Leben lang für alle gebührenfrei zugänglich sein. Im Arbeitsleben gilt es, neue Formen des Teilens von Arbeit zu entwickeln: zwischen Jung und Alt, Frau und Mann, Beruf und Familie, Ruhestand und Beruf und zwischen verschiedenen Formen von Arbeit. Zudem erfordert die verstärkte Macht der Kapitaleigner einen Ausbau der Wirtschaftsdemokratie.

3. Fair teilen

Soziale Sicherheit und gleiche Lebenschancen brauchen mehr Investitionen in den Sozialstaat und in öffentliche Einrichtungen wie Kindergärten, Schulen, Hochschulen, Krankenhäuser, Pflegeheime, Busse und Bahnen. Das können wir nur finanzieren, wenn die, die höhere Lasten tragen können, auch verbindlich einen höheren Beitrag leisten. Beiträge für die Sozialversicherungen sollten künftig nicht nur auf Löhne und Gehälter, sondern auch auf Zinsen, Börsenerträge, Gewinne und Mieteinkünfte erhoben werden. Das Steuersystem wird erst gerecht, wenn Steuerschlupflöcher geschlossen und Löhne, Gehälter, Gewinne, Zinsen, Kapitalerträge und Erbschaften gerecht besteuert und wieder eine Steuer auf Vermögen eingeführt wird. Eigentum muss wieder sozialpflichtig werden, wie es das Grundgesetz fordert.

4. Die Globalisierung friedlich, sozial und ökologisch steuern

Der Weltmarkt kann erst gerecht werden, wenn die reichen Länder ihre Privilegien in der Welthandelsorganisation, der Weltbank, dem Internationalen Währungsfonds aufgeben. Die Exportsubventionen müssen gestrichen werden und die armen Länder ihre Märkte vor Billigimporten schützen können. Transnationale Konzerne müssen verbindliche soziale und ökologische Mindeststandards einhalten. Finanzmärkte brauchen Regulierung und Kontrolle: durch die Schließung von Steueroasen, durch eine Finanzumsatzsteuer, durch eine Risikohaftung für Spekulanten. Das international verbindliche Ziel, 0,7 Prozent der Wirtschaftsleistung in die Entwicklungs-Zusammenarbeit zu investieren, um die Armut zu bekämpfen, sollte in einer Welt, in der jedes Jahr 1.200 Milliarden US-Dollar für Waffen zur Verfügung stehen, kein Problem sein. Knappe natürliche Ressourcen müssen fair geteilt werden, statt den Zugang zu ihnen militärisch zu sichern oder zu erkämpfen.

5. Ökologisch wirtschaften und das Klima schützen

Eine ökologische Wirtschaftsweise, die das Klima schützt, erfordert mehr als Energiesparlampen und Absichtserklärungen zur Einsparung von Treibhausgasen. Das fossile und atomare Industriesystem muss konsequent in eine energieeffiziente solare Dienstleistungswirtschaft umgebaut, die Energieversorgung der reichen Länder bis 2050 vollständig auf erneuerbare Energieträger umgestellt werden. Die Unternehmen sind dann Teil einer Kreislaufwirtschaft, die regionale Produktion hat Vorrang vor globaler Produktion, öffentlicher Verkehr vor Individualverkehr, ökologische Landwirtschaft vor konventioneller Landwirtschaft. Dieser Wandel wird unseren Wirtschafts- und Lebensstil international verträglich machen und gute Arbeit für Millionen schaffen. International haften die reichen Länder für Klimaschäden in den armen Staaten, die vom Klimawandel stark betroffen sind, obwohl sie wenig dazu beitragen. Und die reichen Länder unterstützen den Klimaschutz in den armen Ländern – zum Beispiel durch den kostenlosen Transfer von Umwelttechnologie.

Uns allen ist klar: Der Ökumenische Kirchentag braucht Bewegung. Kirchen- und Katholikentage waren Kristallisationspunkte gesellschaftlicher Diskussion zur Ächtung von Massenvernichtungswaffen, zur Überwindung der Apartheid und zur Entschuldung der Entwicklungsländer. Wir wollen gemeinsam auf dem Ökumenischen Kirchentag 2010 soziale Bewegung für unsere Forderungen entfachen. Die Zeit ist reif: Fair teilen statt sozial spalten!

An der Erstellung des Texts waren beteiligt:

Manfred Abt (Ev. Kirche von Kurhessen-Waldeck), Rolf Adler (Haus kirchl. Dienste. Landeskirche Hannover), Richard Bähr (Publik Forum), Brigitte Bertelmann (Zentrum Gesellsch. Verantwortung EKHN; KDA-Bundesvorstand), Simone Brietzke (Initiative Akademie Solidarische Ökonomie), Klara Butting (Junge Kirche), Veronika Dehnhard (AK Ökonomie und Kirche Berlin), Markus Demele (Oswald-von-Nell-Breuning-Institut für Wirtschafts- und Gesellschaftsethik), Ulrich Duchrow (Kairos Europa), Bernhard Emunds (Oswald-von-Nell-Breuning-Institut für Wirtschafts- und Gesellschaftsethik), Sven Giegold (Attac/BUND), Martin Gück (KAIROS Europa), Michael Held (Arbeitsstelle Praktische Schritte), Friedhelm Hengsbach SJ (Oswald von Nell-Breuning-Institut für Wirtschafts- und Gesellschaftsethik), Martin Huhn (KDA), Wolfgang Kessler (Publik Forum), Thorsten Klein (EIRENE), Angela König (EIRENE), Jobst Kraus (Ev. Akademie Bad Boll), Stephen Makinya (CAJ Deutschland), Werner Rätz (Attac), Sigrid Reihls (Bundesvorsitzende des KDA), Rona Röthig (Hendrik-Kraemer-Haus Berlin), Michael Schäfers (KAB Deutschlands), Peter Schönhöffer (Ökumenisches Netz in Deutschland), Gunter Schwarze (AK Ökonomie und Kirche Berlin), Franz Segbers (Diakonisches Werk in Hessen & Nassau), Georg Stoll (Misereor), Reinhard Voß (Pax Christi), Thomas Wagner (Oswald von Nell-Breuning-Institut für Wirtschafts- und Gesellschaftsethik), Bernd Winkelmann (Initiative Akademie Solidarische Ökonomie), Thomas Wystrach (Leserinitiative Publik), Heribert Zingel (Pax Christi Bistum Limburg)

Die Liste der Erstunterzeichnerinnen und Erstunterzeichner wurde am 30.9.2008 veröffentlicht.

Netzwerk "ÖKT 2010" c/o Katholische Arbeitnehmer-Bewegung, Bernhard-Letterhaus-Str. 26, 50670 Köln, Telefon: 0221-77 22 201, Fax: 0221 - 77 22 116, e-mail: kontakt@oekt-netz.de

Anhang 3

DIDAKTISCHES MATERIAL FÜR DEN RU ZU DEN THEMEN „GLOBALISIERUNG – WIRTSCHAFTSETHIK – KONZILIARER PROZESS“. EINE AUSWAHL

zusammengestellt von Janine Schwab

Dieser Anhang bibliografiert eine nützliche Auswahl an Unterrichtsmaterial zu den Themenbereichen „Globalisierung – Wirtschaftsethik – Konziliarer Prozess“. Zur besseren Orientierung der Leserinnen und Leser werden die didaktischen Materialien inhaltlich kurz charakterisiert.

In der ersten Rubrik werden Internet-Links angegeben, in der zweiten fachspezifische Periodika, themenzentrierte Ausgaben diverser Zeitschriften und Materialhefte. In einer dritten Rubrik finden sich verschiedene Filme zur Thematik, die für den Unterricht gedacht bzw. geeignet sind, während die vierte Rubrik eine Auswahl an exemplarischem Unterrichtsmaterial präsentiert, welches nach den Schulstufen Primar-, Sekundarstufe I und II und Erwachsenenbildung gegliedert ist.

Absicht dieser Material-Zusammenschau ist es v. a. Ideen anzuregen, um globale und wirtschaftsethische Themen sinnvoll und kreativ in den Religionsunterricht zu integrieren. Sie soll eine Orientierung und Unterstützung für diejenigen bieten, die sich für die genannten Themenbereiche interessieren oder mit diesen arbeiten; sie hat daher keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Die Materialien und Informationen stammen vorwiegend aus der Internetrecherche (Stand: erstes Quartal 2011) oder aus der Sichtung der Bibliotheksbestände der Fachrichtung Evangelische Theologie der Universität des Saarlandes.

Das Online-Material kann teilweise als pdf-Download bezogen werden, ist online einseh- oder bestellbar (je nach Datenbank kann eine Registrierung der eigenen Person möglich sein). Zudem können Schülerinnen und Schüler (SuS) in sog. E-Learning-Portalen selbständige Recherche betreiben und Aufgaben bearbeiten.

Rubrik 1: Internet und E-Learning

► Die Institution *Südwind e.V.* bietet eine umfangreiche Übersicht von weiterführenden Links und Materialien für die Bildungsarbeit. Diese sind eingeteilt nach Unterrichtsmaterial, Liturgische Bausteine oder Kampagnen o. ä. Eigene Studien von Südwind e.V. können direkt auf der Homepage von Südwind heruntergeladen werden), einsehbar unter:

<http://www.suedwind-institut.de>

▶ *Eine-Welt-Netzwerk* stellt Links und Materialien nach Organisationen und Themen geordnet bereit, unter:
<http://www.eine-welt-netz.de>

Das Portal der *Eine Welt Internet Konferenz für globales Lernen (EWIK)* gibt eine Übersicht über die Eine-Welt-Netzwerke in den einzelnen Bundesländern:
http://www.ewik.de/coremedia/generator/ewik/de/08__Service/Organisationen,page=E.html

Die Arbeitsgemeinschaften informieren über diverse Projekte, Mitmachangebote, Veranstaltungstermine, Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten, globale Lern- und Aktionswerkstätten sowie über Fair Trade Schülerfirmen. Zu den Netzwerken gehört z.B. auch das Netzwerk Entwicklungspolitik im Saarland e.V.:
<http://www.nes-web.de>

▶ Das *Welthaus Bielefeld* bietet unter der Rubrik *Publikationen* zahlreiche Materialien zur Schul- und Jugendbildung an, unter:
<http://www.welthaus.de>

Zudem werden weiterführende Links zu Datenbanken für komplette Unterrichtseinheiten angegeben und auf Projektmaterial (z.B. sog. Bildungs-Bags oder Projektkisten) für den Einsatz im Unterricht hingewiesen.

▶ Interessant ist auch die gemeinsame Datenbank vom *Welthaus Bielefeld* und dem *Eine-Welt-Netz* zur entwicklungspolitischen Bildungsarbeit, unter:
http://www.eine-welt-unterrichtsmaterialien.de/eine_welt_databases/index.html

▶ Die Homepage der *Arbeitsgemeinschaft Eine-Welt-Gruppen* präsentiert Materialien für die Jugend- und Erwachsenenbildung unter:
<http://www.eine-welt-gruppen.de>

▶ Auf der Homepage von *learn:line NRW* lassen sich Statistiken, Grafiken und Informationen zu dem Suchwort *Globalisierung* etc. finden:
<http://www.learn-line.nrw.de>

▶ Die *Deutsche Bundeszentrale für politische Bildung (BZ)* bietet auf der offiziellen Homepage Informationen und Materialien, auch Materialhefte, zu gesuchten Themenbereichen an:
<http://www.bpb.de>

Das *Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)* stellt zudem weiteres Material sowie die Möglichkeit zur kostenlosen Filmausleihe zum Themenschwerpunkt *Entwicklungspolitik* zur Verfügung, unter:
<http://www.bmz.de/de/publikationen/index.html>

Saarbrücker Religionspädagogische Hefte

▶ Eine pädagogisch ausgerichtete Homepage für Fragen hinsichtlich der Entwicklungszusammenarbeit sowie Materialangebote bietet *Globales Lernen* unter: <http://www.globales-lernen.de>

▶ Der Wettbewerb *Vernetzte Erde* versucht SuS an die wachsenden globalen Herausforderungen heranzuführen. Der Internetauftritt stellt diesbezüglich Ideen und Material, das um die Themenbereiche Umwelt, Entwicklung und Wirtschaft kreist, bereit: <http://www.vernetzte-er.de>

▶ Das Internet Portal *Brot für die Welt in der Schule* enthält Tipps und Anregungen für Unterricht, aber auch außerschulische Arbeit. Hier können SuS selbständig Informationen sammeln und mit dem Thema arbeiten, unter: <http://www.brot-fuer-die-welt.de/jugend-schule/index.php>

Dort können SuS aber auch mit der *Global Gang* gemeinsame Abenteuer erleben und aktiv werden, indem sie sich für soziale Gerechtigkeit einsetzen. Jedes neue Mitglied muss bestimmte Regeln anerkennen, wie z.B. „Ich behandle alle Menschen fair, egal woher sie sind, egal wie sie aussehen...“, „Ich setze mich für andere ein und helfe ihnen“ oder „Ich wende mich gegen Gewalt und Ungerechtigkeit“; zu finden unter: <http://www.global-gang.de>

Außerdem besteht die Möglichkeit, bei dem zentralen Vertrieb *Brot für die Welt* und dem *Diakonischen Werk der EKD e.V.* eine umfangreiche Gebetssammlung unter dem Titel *Gottes Erde – Land für alle. Gebete für unsere Eine Welt*, zu bestellen:
E-Mail-Adresse: vertrieb@diakonie.de

Hinweis: *Brot für die Welt* stellt viele Angebote zur Verfügung und gibt darüber hinaus auch Hilfestellungen und Tipps z.B. für den Umgang mit Projekten im Unterricht.

▶ Auskünfte über Weltentwicklungsberichte, Millenniumsziele oder Daten zur Entwicklungslage liefert das *United Nations Development Programme (UNDP)* unter: <http://www.undp.org>

▶ Auch die offizielle Internetseite der *Weltbank* gewährt Einblicke zu allgemeinen Länderinfos und Arbeitspapieren, die die Thematik betreffen (einige Daten sind kostenpflichtig) unter: <http://www.worldbank.org> vgl. auch: <http://www.worldbank.org/poverty>

▶ Auf der Seite der *International Labour Organisation (ILO)* können weitere Daten zu Arbeitslosigkeit, gerechten Arbeitsbedingungen, offiziellen Statements und Dokumenten eingesehen werden, die für Unterrichtende hilfreich sein können: <http://www.ilo.org>

▶ *Entwicklungspolitik Online (Epo)* präsentiert eine Übersicht laufender Kampagnen und Organisationen unter:
<http://www.epo.de>

▶ Das Netzwerk *Attac*, das sich für sozial und ökologisch gestaltete Globalisierung einsetzt, bietet ebenfalls didaktisches Material an. Dabei müssen folgende Rubriken auf der Homepage nacheinander angeklickt werden: *Service > Bildungsprogramm > Unterrichtsmaterial*.
<http://www.attac-netzwerk.de>

Insbesondere die *Attac-Basistexte* eignen sich zu einer schnellen Einführung für Lehrende als Informations- und Weiterbildungsmaterial.

▶ Die Website von *GEPA – The Fair Trade Company* informiert über aktuelle Themen des Fairen Handels, bietet Informationen zu Weltläden, Publikationen, Filmen und Videos sowie weitere Links an, unter:
<http://www.gepa.de> (v. a. Button: Info&Service)

▶ Das *Hilfswerk Misereor* stellt online unter der Rubrik *Service Projekte*, Ausstellungen und Materialien für die Schule sowie Kinder- und Jugendarbeit bereit:
<http://www.misereor.de>

▶ Die Website www.globalisierung-online.de fungiert als Ergänzung zu der CD-ROM mit dem Titel *Globalisierung*, die man dort auch beziehen kann und liefert darüber hinaus einen Infopool mit sog. Multimedia-Modulen.
<http://www.globalisierung-online.de>

▶ Die Verbraucher Initiative *öko-fair* mit Unterstützung des BMZ setzt sich für eine Förderung nachhaltigen Konsumverhaltens ein und präsentiert zum Thema *Ökologischer und Fairer Handel* Hintergrundinformationen, Materialien für die Bildungsarbeit (z. T. mit Foliensätzen für Lehrpersonen), aber auch Interviews mit ausgewählten Fachleuten, die für den Einsatz im Unterricht interessant sein könnten:
<http://www.oeko-fair-de>

▶ Die sog. *Weltladen-Homepage* informiert über Weltläden vor Ort (wo finde ich Weltläden in meiner Nähe?), gibt Auskunft über deren Arbeit, liefert eine Übersicht über Kampagnen und diverse Links und bietet für den Bereich *Jugend und Schule* bestimmte Downloads an, welche auch die Kooperation von Schulen und Weltläden beleuchten:
<http://www.weltladen.de>

▶ Die Online-Seite von *EL PUENTE. Partnerschaftlicher Welthandel* stellt eine Mediathek sowie verschiedene Downloads bereit, unter:
<http://www.el-puente.de>

Saarbrücker Religionspädagogische Hefte

Intention dieser Handelsorganisation ist es v. a., die Kluft zwischen reichen und sog. armen Ländern zu verringern. Hier würde sich eine eigenverantwortliche Recherche der SuS anbieten, um sich mit Anliegen, Vorgehensweisen und ethischen Grundlagen solcher Organisationen auseinanderzusetzen.

▶ Die Informationskampagne zum Fairen Handel namens *fair feels good* stellt u. a. Statements prominenter Unterstützer der Kampagne vor, empfiehlt weitere Links und ermöglicht den Zugriff zu aktuellen thematischen Radiobeiträgen, unter:
<http://www.fairfeelsgood.de>

▶ Auf der Homepage von *Fairtrade* lassen sich Bilder- und Filmmaterial sichten, sog. Flash-Geschichten oder Fairtrade-Aktionen. Im Rahmen der Kampagne *Fairtrade-Towns* wurde Saarbrücken im April 2009 zu Deutschlands erster Fairtrade-Stadt gekürt.
<http://www.transfair.org>

▶ Die Initiative *Globales Lernen GLOBLERN21* listet Unterrichtsmaterialien auf, die nach der gewünschten Schulart zu ermitteln sind:
<http://www.globlern21.de/navigation.htm>

▶ Das Programm *Transfer-21* für nachhaltige Entwicklung wurde zwar 2008 nach vierjähriger Laufzeit beendet, wird aber in verschiedenen Bundesländern noch aktiv verfolgt. Es dient dazu, Schulbildung am Konzept der Nachhaltigkeit zu orientieren (vgl. BLK-Programm). Projektleiterin des Programms „KlasseSchule – Transfer – 21“ im Saarland ist Frau Petra Lauermann vom Landesinstitut für Pädagogik und Medien in Saarbrücken.
<http://www.klasseschule-transfer21.de>

▶ *KAIROS Europa* (vgl. vorangegangene Referentenbeiträge) versteht sich als ökumenische Plattform im Engagement für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung in Europa. „Globalisierung muss gestaltet sein“, ist eine wesentliche Intention. Ein Blick auf deren Website ist empfehlenswert:
<http://www.kairoseuropa.de>

▶ Weitere interessante Websites sind z.B.:
<http://www.gerechtigkeit-jetzt.de> (Welthandelskampagne in Zusammenarbeit mit Kirchen und Gewerkschaften)

<http://www.wirtschaftundethik.de> sowie:

<http://www.ethos-wirtschaft.de>

► Über 120.000 gut sortierte Links zu globalen Themen und zahlreiche Materialangebote finden sich zudem unter:
<http://www.bessereweltlinks.de/index.php?cat=4855&thema=Deutschland>

Rubrik 2: Periodika (auch Einzelausgaben) und Materialhefte

► *Religion betrifft uns*. Hg. von Matthias Küsters und Hans-Michael Mingenbach, Aachen: Bergmoser und Höller Verlag AG (dort auch Online-Bestellung möglich)
Themen-Beispiel:
Heft 1/2010: Finanz- und Wirtschaftsethik.

Diese ökumenische Arbeitshilfe bietet kompetenzorientierte und praxisnahe Unterrichtsideen, enthält Arbeitsblätter, Folien oder auch Klausuren und eignet sich v.a. für die Sekundarstufe II, aber auch für die 9./ 10. Klassenstufe durchaus einsetzbar.

Weitere Ausgaben:

Religion betrifft uns. Heft 1/2001: Wirtschaftsethik. Geld bewegt die Welt.

Religion betrifft uns. Heft 2/2004: Globalisierung gestalten. Verantwortung in einer entgrenzten Welt. Mit zwei farbigen OH-Folien.

Die älteren Jahrgänge sind online erhältlich, z.B. unter *Lehrerbibliothek.de*:

<http://lbib.de/Globalisierung-gestalten-Verantwortung-in-einer-entgrenzten-Welt-Religion-betrifft-uns-2-2004-15194> etc.

► *Global Lernen. Service für Lehrer- und Lehrerinnen*. Stuttgart: Brot für die Welt und Tübingen: Institut für Friedenspädagogik.

Beispiel-Ausgaben:

Heft 3/2010 „Katastrophenhilfe“

Heft 1/2009 „Finanzkrise“.

Heft 2/2009 „Entwicklungszusammenarbeit“.

Heft 2/2008 „Zukunftsfähigkeit“

Heft 1/2006 „Fairer Handel“ etc.

Als pdf-Dokument erhältlich unter:

http://www.brot-fuer-die-welt.de/jugend-schule/index_2602_DEU_HTML.php

► *Der Spiegel – Unterrichtsmagazin: Afrika – Verlierer der Globalisierung*. Hamburg: Klett-Verlag 2010.

Unter Spiegel online: <http://www.spiegel.de/schulspiegel/0,1518,207874,00.html>

Weitere themenverwandte Ausgaben:

Der Spiegel – Unterrichtsmagazin: Globalisierung. Hamburg 2007.

Saarbrücker Religionspädagogische Hefte

Der Spiegel – Unterrichtsmagazin: Globalisierung im Zeichen des Drachen. Hamburg 2006.

Der Spiegel Spezial (Spiegelserie): Globalisierung. Die neue Welt. Hamburg 7/2005 mit DVD.

▶ *MISEREOR aktuell*. Hg. vom Bischöflichen Hilfswerk Misereor e.V.
Erscheinungsweise 4 x jährlich, als Download erhältlich unter:
<http://www.misereor.de/presse/zeitschrift-misereor-aktuell00/archiv.html>

▶ *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)*. Publikation der BZ für politische Bildung, Bonn. Ausgaben online unter: <http://www.bpb.de/publikationen>

Themenverwandte Ausgaben:

APuZ: Humanisierung der Arbeit, 15/2011

APuZ: Armut in Deutschland, 51-52/2010

APuZ: Arbeitslosigkeit, 48/2010

APuZ: Entwicklungspolitik, 10/2010

APuZ: Soziale Gerechtigkeit, 47/2009

APuZ: Ungleichheit-Ungerechtigkeit, 37/2005

APuZ: Globalisierung, B 05/2003

APuZ: Globalisierung und kulturelle Differenz, B 12/2002

APuZ: Ethik – Gesellschaft – Globalisierung, B 33-34/2000.

▶ *Themenblätter im Unterricht*, ebenfalls von der BZ für politische Bildung herausgegeben.

Die Themenblätter enthalten einen Klassensatz mit ca. 32 Arbeitsblättern zu aktuellen Themen aus Politik und Gesellschaft inklusive einer Lehrerhandreichung (auch für Religionslehrer/innen interessant).

Beispiel-Ausgaben:

Nr. 44/2008: Soziale Gerechtigkeit

Nr. 68/2007: Unternehmensethik. Eigentum verpflichtet

Nr. 57/2006: Nachhaltige Entwicklung

Nr. 28/2003: Globalisierung – Ängste und Kritik

Weiterhin existiert die BZ-Reihe *Themen und Materialien*, die online verfügbar und auch für die Erwachsenenbildung geeignet ist.

▶ *RAAbits Religion. Impulse und Materialien für die kreative Unterrichtsgestaltung*, red. von S. Anzinger. Stuttgart: Raabe-Verlags-GmbH.

Ausgaben 15 und 16/2009 (vgl. Rubrik 4 des Materialanhangs). Themenbereich E: Gesellschaft und soziale Verantwortung.

Bezug: <http://www.raabe.de> oder telef. Kundenservice: 0711/62900-30

▶ *Magazin Jugend und Bildung*. Verantwortung übernehmen. Ideen für den Unterricht. Heft1/2010. Unter:
<http://www.jugend-und-bildung.de>

▶ *Globales Lernen. Arbeitsblätter für entwicklungspolitische Bildungsarbeit*. Hg. vom Deutschen Entwicklungsdienst. Zugriff unter:
<http://www.ded.de> oder <http://www.bildung-trifft-entwicklung.de>

▶ *Entwicklung anders lernen*. Unterrichtsmaterialien zum Globalen Lernen in der Sekundarstufe in Anlehnung an den Orientierungsrahmen der KMK. Hg. von Deutsche Welthungerhilfe, Kindernothilfe, Misereor, Welthaus Bielefeld und Brot für die Welt, Wuppertal: Hammer Verlag 2009 (Arbeitshilfen und Kopiervorlagen mit unterschiedlichem Fächerbezug – darunter auch Religion).

▶ *Eine Welt im Unterricht* (Sek. I/II). Materialien-Medien-Adressen. Welthaus Bielefeld u. a. 2009.
Erhältlich unter der bereits angegebenen Homepage www.welthaus.de oder unter Telefonnummer 0521/98648-0 bestellbar.

▶ *Welt-Sichten*. Die Vielfalt des globalen Lernens. Sachbuch mit CD-ROM. Hg. vom Verein für Friedenspädagogik Tübingen 1999 (Autoren G. Gugel und U. Jäger). Die einzelnen Kapitel sind mit Material für den Unterricht versehen. Derzeit leider vergriffen, aber vielleicht über diverse Medienläden oder Schulreferate auszuleihen.

▶ *Eine Welt in der Schule*. Die Zeitschrift erscheint vierteljährlich und bietet in jedem Heft praxiserprobte Unterrichtsbeispiele für die Grundschule und Sekundarstufe I an.
<http://www.weltinderschule.uni-bremen.de>

Rubrik 3: Filme

Hinweis: Die CD-ROM *Think global Filme* (Hrsg. BMZ 1997) gibt einen Überblick zu Filmen, die deutlich machen sollen, wie die Verhältnisse in der Einen Welt heute tatsächlich sind und welche Veränderungen wir brauchen, um eine nachhaltige Entwicklung zu erreichen (dazu ist auch ein gleichnamiges Materialheft mit Projekten zum Globalen Lernen in Schule und Jugendarbeit 2010 erschienen).

▶ *Profit, nichts als Profit (Le Profit et rien d'autre)*

Inhalt: Auswirkungen globalisierten Wirtschaftens auf die zwischenmenschlichen Beziehungen und das Verhältnis von Arm und Reich.

Autor/Regie: Raoul Peck

Saarbrücker Religionspädagogische Hefte

Ort: Haiti, Frankreich, Deutschland
 Jahr: 2001
 Dauer: 57 Min.
 Genre: Filmessay
 FSK: ab 16 J.
 Möglicher Bezug/Verleih: Datenbank www.eine-welt-medien.de oder beim Ev. Zentrum für entwicklungsbezogene Filmarbeit, Stuttgart: www.gep.de/ezef (ggf. in den Medienläden vor Ort erhältlich – dies gilt für alle weiteren Filmangaben auch).

▶ *Cottonmoney oder die Globale Jeans*

Inhalt: Anhand des Baumwollanbaus in Tansania schildert der Film Probleme und Schwierigkeiten des globalen Marktes und regt dazu an, Entwicklung kritisch zu hinterfragen.

Autor/Regie: Peter Heller
 Ort: Deutschland
 Jahr: 2001
 Dauer: 75 Min.
 FSK: ohne
 Genre: Dokumentarfilm
 Möglicher Bezug/Verleih: Datenbank www.eine-welt-medien.de
 Erhältlich auch als DVD in dem Medienpaket *King Cotton* mit zusätzlich interaktiven Lernmaterial.

▶ *Eine anständige Firma. Nokia made in China*

Inhalt: Der finnische Elektronik-Hersteller Nokia schickt „ethische Unternehmensberater“ zu einem Zulieferbetrieb nach China, um dessen Arbeitsstandards zu prüfen. Der Film geht der Frage nach der Reichweite sozialer Verantwortung nach, teilweise mit unterschwelligem Witz. Dabei ist die Diskrepanz zwischen Anspruch und marktpolitischer Realität enorm.

Autor/Regie: Thomas Balmès
 Ort: Frankreich, China
 Jahr: 2004
 Dauer: 56 Min.
 Genre: Dokumentarfilm
 FSK: ab 12 J.
 Möglicher Bezug/Verleih: Datenbank www.eine-welt-medien.de oder beim Ev. Zentrum für entwicklungsbezogene Filmarbeit, Stuttgart: www.gep.de/ezef

► *Losers and Winners*

Inhalt: Der Film zeigt Gewinner und Verlierer der Globalisierung am Beispiel einer Kokerei-Stillegung im Ruhrgebiet auf, die an einen neuen Standort in China verlagert wird. Die Filmemacher begleiteten eineinhalb Jahre lang die Demontage der gigantischen Industrieanlage.

Autor/Regie:	Ulrike Franke, Michale Loeken
Ort:	Deutschland
Jahr:	2006
Dauer:	96 Min.
Genre:	Dokumentarfilm
FSK:	ohne
Möglicher Bezug/Verleih:	Datenbank www.eine-welt-medien.de oder beim Ev. Zentrum für entwicklungsbezogene Filmarbeit, Stuttgart: www.gep.de/ezef . Es gibt sogar eine eigene Homepage des Filmes unter: http://www.losers-and-winners.net , wo man sich den Trailer ansehen kann.

► *Diese Hände*

Inhalt: Dieser Film kommentiert ungleiche Arbeitsbedingungen im globalen Kontext. Er beobachtet Frauen bei der Arbeit in einem tansanischen Steinbruch.

Autor/Regie:	Flora M'Mbugu-Schelling
Ort:	Tansania
Jahr:	1992
Dauer:	45 Min.
Genre:	Dokumentarfilm
FSK:	ab 14 J.
Möglicher Bezug/Verleih:	Datenbank www.eine-welt-medien.de oder beim Ev. Zentrum für entwicklungsbezogene Filmarbeit, Stuttgart: www.gep.de/ezef

► *Einmal im Leben ins Kino*

Inhalt: Hier geht es um das Schicksal zweier siebenjähriger Jungen, die durch leere Versprechungen eines Fremden geködert und zur Kinderarbeit in der indischen Teppichproduktion gezwungen werden. Nach gründlichen Recherchen in der indischen Teppichindustrie hat Alice Schmid einige dieser Kinderschicksale mit den betroffenen Kindern als Dokudrama inszeniert.

Autor/Regie:	Alice Schmid
Ort:	Indien, Deutschland, Schweiz
Jahr:	1999

Dauer: 26 Min.
Genre: Dokudrama
FSK: ab 14 J.
Möglicher Bezug/Verleih: Datenbank www.eine-welt-medien.de oder beim
Ev. Zentrum für entwicklungsbezogene Filmarbeit,
Stuttgart: www.gep.de/ezef

▶ *Um fair zu sein - Kaffeegenuss ohne Umwege*

Inhalt: Dieser Film untersucht die Auswirkungen der Globalisierung auf die Kaffeebauern, den Handel und die Rolle der Konsumenten in den Industrieländern.

Autor/Regie: Andreas Grube
Ort: Deutschland, Österreich
Jahr: 2009
Dauer: 35 Min.
Genre: Dokumentarfilm
FSK: ab 14 J.
Möglicher Bezug/Verleih: Erhältlich auf der DVD *Unterwegs in die Zukunft – Filme zum Themenschwerpunkt „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt“*
Datenbank www.eine-welt-medien.de oder beim
Ev. Zentrum für entwicklungsbezogene Filmarbeit,
Stuttgart: www.gep.de/ezef

▶ *China Blue*

Inhalt: Der Film dokumentiert die chinesische Jeansherstellung für die westlichen Marken. Die Arbeitsbedingungen und Löhne der Textilarbeiterinnen sind katastrophal, aber auch die Löhne der Fabrikbesitzer sind im Vergleich zu den Einnahmen im westlichen Einzelhandel äußerst dürftig. Der Film ist unter schwierigen Bedingungen entstanden, teilweise wurden die Dreharbeiten von den chinesischen Behörden unterbrochen und sogar Mitglieder des Teams inhaftiert.

Autor/Regie: Micha X. Peled
Ort: USA
Jahr: 2005
Dauer: 88 Min.
Genre: Dokumentarfilm
FSK: ohne
Möglicher Bezug/Verleih: Datenbank www.eine-welt-medien.de oder als
DVD im Einzelhandel.

▶ *Kein Brot für Öl – Der Biosprit-Boom in Kolumbien*

Inhalt: Im Norden Kolumbiens werden Tausende von Kleinbauern von mächtigen Unternehmen gewaltsam von ihrem Grund und Boden vertrieben. Ihre Felder werden in reine Palmöl-Plantagen umfunktioniert, welche von den Bauern als „Grüne Wüsten“ bezeichnet werden. Der Film dokumentiert den großen Profit, den die Regierung Kolumbiens dabei macht, während die Tagelöhne der Bauern gering ausfallen. Zudem wird auch die Haltung Europas thematisiert, wo eine große Nachfrage an Biosprit herrscht.

Autor/Regie: Renate Werner
Ort: Deutschland
Jahr: 2009
Dauer: 30 Min.
Genre: Dokumentarfilm
FSK: ab 16 Jahren
Möglicher Bezug/Verleih: Ev. Zentrum für entwicklungsbezogene Filmarbeit, Stuttgart: www.gep.de/ezef oder auf der DVD
Unterwegs in die Zukunft – Filme zum Themenschwerpunkt „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt“ erhältlich

▶ *Konziliarer Prozeß. Unterwegs für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung*

Inhalt: Der Film begleitet eine Gruppe von engagierten Christen auf einem Pilgerweg von Immendingen im Schwarzwald zum Ökumenischen Stuttgarter Forum im Oktober 1988. Zwar ist der Film älteren Datums, aber dennoch für die Erschließung der genannten Thematik sehr anschaulich und informativ. Es gibt auch noch ein Begleitheft zu dem Film von Dr. Konrad Moll, damaliger Studentenpfarrer in Esslingen, der den Pilgerweg selbst mitgegangen ist.

Autor/Regie: Carl-A. Fechner u. Utz Classen
Ort: Deutschland
Jahr: 1989/90
Dauer: 30 Min.
Genre: Dokumentarfilm
FSK: ohne
Möglicher Bezug/Verleih: nur als VHS-Video z.B. unter:
<http://www.theologische.buchhandlung.de/video.htm>

Rubrik 4: Exemplarisches Unterrichtsmaterial

Primarstufe

▶ *Claudio aus Peru*

Autor/Hg.:	Schulwettbewerb des Bundespräsidenten in Zusammenarbeit mit dem BMZ zur Entwicklungspolitik. <i>Unsere Welt erhalten – unsere Zukunft gestalten</i>
Themenfokus:	Wir sind Kinder einer Welt, Kinderarbeit
Art des Materials:	Printmagazin mit Unterrichtsbausteinen für die Grundschule: Bsp. Baustein 3 „Claudio aus Peru“ – u. a. Material, ein Brief vom neunjährigen Claudio (fiktive Figur), der über sein Leben und seine Arbeit berichtet.
Didaktische Einschätzung:	Der Brief von Claudio ermöglicht den SuS Kommunikation auf einer Ebene und weckt daher wohl das Schülerinteresse. Allgemein lässt sich festhalten, dass die verschiedenen Bausteine sehr schülerorientiert sind und einer angemessenen Sprachauswahl folgen (kurze prägnante Sätze, kaum Fremdwörter). Außerdem bietet das Printmagazin vorab wichtige Hinweise und Anregungen für den Unterricht und weist auch auf mögliche Problemstellungen hin, z.B. sollte man bei dem Thema Kinderarbeit thematisieren, dass nicht jede Form von Kinderarbeit (Hausaufgaben, schulische Pflichten, der Mutter helfen, ...) schlecht ist, sondern auch zur Selbständigkeit beitragen kann. Des Weiteren werden in den Bausteinen jeweils die politisch angedachten Millennium-Entwicklungsziele kindgerecht einbezogen.
Bezugsadresse:	Printmagazin zur Wettbewerbsrunde 2007/2008 „Wir sind Kinder einer Welt“ unter: http://www.eineweltfueralle.de/fileadmin/user_upload/Printmagazine/EineWelt_GS_2007.pdf

▶ *Jetzt geht's rund: Orangen!*

Autor/Hg.:	Aktion WELTWEIT WICHTELN gefördert vom Ev. Entwicklungsdienst (EED)
Themenfokus:	Fairer Handel

Art des Materials:	Arbeitshilfe zum Thema Orangen mit Infotexten und Arbeitsaufträgen, z.B. sollen die Kinder zum Themeneinstieg verschiedene Lebensmittel und Gegenstände (Duftkerzen,...), die Orangen als Inhaltsstoffe aufweisen, mitbringen. Daraus wird dann eine eigene Ausstellung organisiert.
Didaktische Einschätzung:	Das Material ist sehr abwechslungsreich und anschaulich gestaltet (kognitive und kreative Ansprüche werden verbunden), auch als Kopiervorlage geeignet. Für die Lehrperson gibt es zusätzliche Material- und Informationshinweise.
Bezugsadresse:	Unter: http://www.weltweit-wichteln.org als pdf-Datei abrufbar.

▶ *Emmas SchokoLaden*

Autor/Hg.:	Eine Welt in der Schule
Themenfokus:	Fairer Handel, Hintergründe: Lebensweise der Kakaobauern
Art des Materials:	Unterrichtsvorschlag zu dem Kinderbuch „Emmas SchokoLaden“ von Stephan Sigg, Aachen 2006.
Didaktische Einschätzung:	Aus dem Inhalt des Kinderbuchs werden inhaltliche Schwerpunkte für die Unterrichtseinheit erarbeitet und in verschiedene Methoden umgesetzt, z.B. Besuch eines Weltladens im Vergleich zum Discounter oder SuS sollen selbständig ein Symbol zum Fairen Handel entwerfen.
Bezugsadresse:	Eine Welt in der Schule. Unterrichts Anregungen für die Grundschule und Sekundarstufe I. Heft 2/2008. Herausgabe und Redaktion: Prof. Dr. R. Schmitt, A. Pahl und W. Brünjes. Als pdf-Ausgabe unter: http://www.weltinderschule.uni-bremen.de/pdf/Heft2_08.pdf

▶ *Brot zum Leben – bei uns und anderswo*

Autor/Hg.:	Brot für die Welt
Themenfokus:	Soziale Gerechtigkeit bzgl. Ernährung
Art des Materials:	Arbeitsmappe mit 25 Arbeitsblättern, 8 Bildkarten und 4 Plakaten
Didaktische Einschätzung:	Das Thema Grundbedürfnisse in der Ernährungssicherung werden anschaulich behandelt. Dabei werden auch Entwicklungsländer

und ihre Getreideproduktion vorgestellt. Als kreative Anregung zum Kennenlernen der anderen Länder, werden auch Kochrezepte mit abgedruckt. Die Zusammenstellung der Arbeitsblätter bietet der Lehrperson eine Entlastung an.

Bezugsadresse: Beim Online-Shop von Brot für die Welt bestellbar (kostenpflichtig), 2001 erschienen.

► *Gemeinsam stark*

Autor/Hg.: Arbeitsgemeinschaft Jugend und Bildung e.V.
 Themenfokus: Mitverantwortung, Prinzip: Corporate Social Responsibility
 Art des Materials: Arbeitsblatt (Religion/Ethik)
 Didaktische Einschätzung: Das Arbeitsblatt eignet sich als Einführung in die für Grundschüler noch schwierige Thematik „Soziale Verantwortung“. Durch die Reflektion, dass jedes Kind etwas Bestimmtes kann, wird deutlich, dass man sich gegenseitig in seinen Fähigkeiten sinnvoll ergänzen kann. Dies gilt auch für globale Fragen und Probleme. Es bietet sich die Fragestellung an „Was können wir gemeinsam für Länder der Dritten Welt/unsere Umwelt/ Mitmenschen, denen es nicht so gut geht etc., tun?“
 Bezugsadresse: Homepage Jugend und Bildung, unter: http://www.jugend-und-bildung.de/webcom/show_jubsl.php/_c-346/i.html

Sekundarstufe I

► *Arbeitsblatt Banane*

Autor/Hg.: Brot für die Welt
 Themenfokus: Fairer Handel
 Art des Materials: Arbeitsblatt mit Informationstext und Aufgabenstellungen
 Didaktische Einschätzung: Kurzer, prägnanter Informationstext, der für SuS durch Bildmotive veranschaulicht wird.
 Bezugsadresse: http://www.brot-fuer-die-welt.de/jugend-schule/index_2624_DEU_HTML.php

► *Ist das eigentlich fair? Der Handel mit Kakao im Zeitalter der Globalisierung*

Autor/Hg.:	RAAbits Religion. Impulse und Materialien für die kreative Unterrichtsgestaltung, Ausgabe 16/2009. Redaktion: Dr. Silke Anzinger.
Themenfokus:	Fairer Handel, Soz. Gerechtigkeit, Menschenrechte
Art des Materials:	Unterrichtseinheit (UE) für die Klassen 7/8, die über 10-13 Stunden konzipiert wurde.
Didaktische Einschätzung:	Hinweise zum Unterrichtsgegenstand, aber auch methodisch-didaktische Ratschläge, erweisen sich als sehr hilfreich für den Unterrichtenden. Außerdem gibt es eine klare Übersicht über die enthaltenen Materialien sowie Literaturangaben und Internetadressen zur Vertiefung. Die UE ist überschaubar gegliedert und gut durchdacht (keine inhaltlichen Dopplungen). Auffällig ist auch das abwechslungsreiche methodische Angebot – von Bildmaterial, Fragebogen, Schaubildern bis hin zum Comic-Einsatz oder den Besuch eines Schokoladenmuseums. Daneben auch Textmaterial mit Sachwissen für die SuS sowie Reflektionsaufgaben und einen Klausur-Vorschlag am Ende der UE.
Bezugsadresse:	Dr. Josef Raabe Verlags-GmbH Kundenservice, Rotebühlstraße 77, 70178 Stuttgart Telefon Kundenservice: 0711/62900 -30 www.raabe.de

► Kampagne *Niemand isst für sich allein*

Autor/Hg.:	Brot für die Welt
Themenfokus:	Soziale Gerechtigkeit, Fairer Handel, Ernährungsprobleme
Art des Materials:	Unterrichtsmaterial der Ernährungskampagne von Brot für die Welt beinhaltet 8 Unterrichtsbausteine, die jeweils an die SuS unterschiedliche Arbeitsaufträge herantragen und sehr schülerorientiert konzipiert sind.
Didaktische Einschätzung:	Jeder Baustein umfasst etwa 2-3 Seiten mit Aufgaben und Bildmaterial. Für Religionslehrende interessant ist der ständig wiederkehrende Bezug zur christlich-theologischen Haltung (Einbezug von Bibelstellen aus AT und NT). Am Ende des Materials eröffnet die Rubrik „Jetzt ist die Diskussion eröffnet!“ Anregung für weiterführende Fragen.

Bezugsadresse: Als Download unter http://www.brot-fuer-die-welt.de/downloads/jugend-schule/nifsa_unterrichtsmaterial_sek-I.pdf

► *Das Perlenspiel*

Autor/Hg.: Welthaus Bielefeld
 Themenfokus: Ungleichheit in der Weltwirtschaft
 Art des Materials: Spiel (benötigte Spielutensilien sowie Spielverlauf und -regeln werden auf dem Informationsblatt angegeben)
 Didaktische Einschätzung: Das hier vorgestellte Spiel ist für die gesamte Klasse gedacht und ermöglicht den SuS einen anschaulichen Zugang zur Welthandelssituation und aktuellen Problemfeldern der Weltwirtschaft. Mal eine etwas andere Idee zur Behandlung des Themas!
 Bezugsadresse: Die Spielanleitung kann auf der Website vom Welthaus Bielefeld unter folgendem Link bezogen werden: http://www.welthaus.de/fileadmin/user_upload/Bildung/pdf_fuer_Downloads/Perlenspiel-Spielregeln/Perlenspiel-Spielregeln.pdf

► *Das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung*

Autor/Hg.: Georg Krämer, Welthaus Bielefeld
 Themenfokus: Nachhaltige Entwicklung
 Art des Materials: M 5 Schaubild mit Infotext und Arbeitsauftrag anhand des Beispiels Palmöl-Produktion in Indonesien
 Didaktische Einschätzung: Das farbige Schaubild stellt sehr anschaulich die Verknüpfung der einzelnen Bereiche von Politik, Ökologie, Wirtschaft und Soziales dar. Die SuS werden dazu angeleitet, Auswirkungen des Palmöl-Booms in den vier genannten Bereichen zu erkennen und zu schildern. In einem zweiten Arbeitsauftrag sollen die SuS das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung reflektieren. Insgesamt lässt sich festhalten, dass die einzelnen Arbeitsaufträge und Materialien anspruchsvoll gestaltet sind, aber eine vielfältige methodische Abwechslung anbieten (Einsatz von Filmen, Fragebögen, Statistiken,...)
 Bezugsadresse: Enthalten in: Globales Lernen. Hamburger Unterrichtsmodelle zum KMK-Orientierungs-

rahmen Globale Entwicklung. Thema: Hunger durch Wohlstand? Heft 2/2010. Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung, Felix-Dahn-Straße 3, 20357 Hamburg. Erhältlich unter: www.li-hamburg.de (Rubrik: Publikationen).

Sekundarstufe II

▶ *Geld oder Gott? Wirtschaftsethik – oder wie viel Ethik verträgt die Wirtschaft?*

Autor/Hrsg.:	RAAbits Religion. Impulse und Materialien für die kreative Unterrichtsgestaltung, Ausgabe 15/2009
Themenfokus:	Wirtschaftsethik, christliche Soziallehre
Art des Materials:	Unterrichtseinheit über 9 Stunden konzipiert für Klasse 12
Didaktische Einschätzung:	Das Material der Unterrichtseinheit ist pädagogisch durchdacht und schülerorientiert (vgl. Angaben zu Sek. I). Zu Beginn werden außerdem fachliche und didaktisch-methodische Hinweise zur besseren Orientierung für die Lehrperson gegeben. Darüber hinaus gibt es eine Materialübersicht und themenrelevante Internetadressen. Interessant ist die Idee, den Themeneinstieg „Arbeit und Lohn“ anhand des Gleichnisses „Von den Arbeitern im Weinberg“ (Mt 20, 1-16) zu gestalten. Daraus wird dann die Brücke zum eigentlichen Thema „Wirtschaft und Moral“ geschlagen! Am Ende der UE wird der Text „Das Menschenbild der Agenda 2010“ von Friedhelm Hengsbach als möglicher Klausurbestandteil präsentiert.
Bezugsadresse:	Dr. Josef Raabe Verlags-GmbH Kundenservice, Rotebühlstraße 77, 70178 Stuttgart Telefon Kundenservice: 0711/62900 -30 www.raabe.de

▶ *Sie zahlen für unsere Krise. Folgen der Finanzkrise für die Länder der Dritten Welt.*

Autor/Hg.:	WEED e.V., Brot für die Welt, GEW u. Welthaus Bielefeld
Themenfokus:	Finanzkrise und deren globale Auswirkungen
Art des Materials:	Materialsammlung mit unterschiedlichen Arbeitsblättern zur Thematik

- Didaktische Einschätzung: Das Unterrichtsmaterial ist in die zwei Bereiche Lehrerseiten und Schülerseiten gegliedert. Für Lehrpersonen gibt es ein sog. Factsheet mit Hintergrundinformationen und Hinweise zum unterrichtlichen Vorgehen, zudem ein Kompetenzraster mit Kompetenzangaben, die die SuS erwerben sollen. Die Schülerseiten enthalten insgesamt 12 Materialien, die verschiedene Facetten des Themengebietes umreißen. Dabei werden SuS auch zur Auseinandersetzung mit eigenen Erfahrungen und gegenwärtigem Wissensstand zur Thematik angeregt (vgl. M 1 Selbsttest).
- Bezugsadresse: Unterrichtsmaterialien für die Oberstufe. *Sie zahlen für unsere Krise. Folgen der Finanzkrise für die Länder der Dritten Welt.*
Erhältlich als pdf-Datei auf der Homepage Eine Welt Internet Konferenz (EWIK) unter:
http://www.ewik.de/coremedia/generator/ewik/de/06__Bildungsmaterialien/Online_20Unterrichtsmaterialien/Sie_20zahlen_20f_C3_BCr_20unsere_20Krise__2010,sourcePageId=34346.html
- ▶ *Der konsumkritische Stadtrundgang! Globalisierung life in der Innenstadt*
- Autor/Hg.: Verbraucherzentrale Bundesverband e.V., Arne Brück
- Themenfokus: Globalisierung, Folgen eigenen Konsumverhaltens
- Art des Materials: Unterrichtseinheit (UE) mit Arbeitsblättern
- Didaktische Einschätzung: Diese UE eignet sich v. a. gut für Projekttag. Aufgabe ist es, dass Schülergruppen selbst einen Stadtrundgang entwickeln, der die weltweiten Folgen des eigenen Konsums verdeutlicht. Genaue Anleitungen bietet das Unterrichtsmaterial an sich.
- Bezugsadresse: Erhältlich als pdf-Datei auf der Homepage Eine Welt Internet Konferenz (EWIK) unter:
http://www.ewik.de/coremedia/generator/ewik/de/06__Bildungsmaterialien/Unterrichtsmaterialien_20sort._20nach_20Themen,page=Globalisierung.html
(Erscheinungsjahr 2004)

▶ *Globalisierung, so nah und doch so fern*

- Autor/Hg.: Online-Akademie Friedrich-Ebert-Stiftung
- Themenfokus: Globalisierung

Art des Materials:	Online-Angebot
Didaktische Einschätzung:	SuS können selbständig das Thema Globalisierung erforschen und wichtige Informationen einholen.
Bezugsadresse:	Online Akademie Friedrich-Ebert-Stiftung: http://www.fes-online-akademie.de/modul.php?md=7 Button: Multimedia-Bereich

► *Schlagwort Globalisierung*

Autor/Hg.:	Martin Geisz
Themenfokus:	Globalisierung
Art des Materials:	Unterrichtseinheit mit 6 Bausteinen rund um das Thema Globalisierung. Darunter Arbeitsblätter, Karikaturen und Verwendung der CD-ROM „Globalisierung“
Didaktische Einschätzung:	Die Arbeitsmaterialien zu den einzelnen Bausteinen werden in einem gezippten Ordner online zur Verfügung gestellt. Zudem werden die Rubriken Kompetenzen, Hintergrundinformationen und didaktisch-methodischer Kommentar für Lehrpersonen angegeben. Die Unterrichtsentwürfe werden von Lehrern/innen eingestellt und bedürfen der kritischen Reflektion, aber ansonsten ist die Website mit den Materialien eine schöne Dienstleistung von Lehrern für Lehrer.
Bezugsadresse:	Website Lehrer-online: http://www.lehrer-online.de/schlagwort-globalisierung.php

Erwachsenenbildung

► *Die Hungerkrise greifbar machen*

Autor/Hg.:	Inkota-netzwerk e.V., Evelyn Bahn u. a.
Themenfokus:	Globalisierung, Hungerkrise, zukunftsfähige Landwirtschaft
Art des Materials:	Arbeitsheft zu Hunger, Globalisierung und Landwirtschaft
Didaktische Einschätzung:	Enthält 5 Lernmodule: A Welche Landwirtschaft hat Zukunft? B Wie fair ist der freie Handel? C Weshalb macht Biosprit Hunger?

D Ist Gentechnik eine Chance?
 E Warum müssen Kleinbauern hungern?
 Die Module werden jeweils für sich noch einmal modifiziert und enthalten Fragen zur Texterschließung. Das Material ist nicht nur für SuS gedacht, sondern auch für Erwachsenenbildung. Erhältlich auf der Website der Eine Welt Internet Konferenz (EWIK) unter:
http://www.ewik.de/coremedia/generator/ewik/de/06_Bildungsmaterialien/Online_20Unterrichtsmaterialien/Die_20Hungerkrise_20greifbar_20machen_20-20Arbeitsheft,sourcePageId=34346.html

► *Konziliarer Prozess in Gemeinden*

Autor/Hg.: Sylvia Dieter und Margit Sandig
 Themenfokus: Konziliarer Prozess
 Art des Materials: Arbeitshilfe
 Didaktische Einschätzung: Hilfe für die Arbeit in Gruppen, Kreisen oder Initiativen. Dabei informieren die beiden Autorinnen anschaulich über Geschichte und Entwicklung des Konziliaren Prozesses und präsentieren thematische Anknüpfungspunkte im Kirchenjahr sowie weitere Ideen zur Umsetzung der Themen des Konziliaren Prozesses
 Bezugsadresse: Ökumenischer Informationsdienst Aktuell Nr.7 als pdf-Version unter:
<http://www.ecunet.de/pdf/arbeitshilfe.pdf>

► *Wirtschaften im Dienst des Lebens. Arbeitshilfe [der Evangelischen Kirche der Pfalz / Protestantische Landeskirche] – Protestantische Pfalz Texte 16, Speyer 2005*

Autor/ Hg.: Evangelische Kirche der Pfalz (Protestantische Landeskirche)
 Themenfokus: Wirtschaftsethik
 Art der Materialien: Texte zu Fallbeispielen „Wirtschaft, Holz, Wasser“ mit Erschließungsfragen und methodischen Anregungen
 Didaktische Einschätzung: Hohe Anregungsqualität für die Arbeit mit Jugendlichen und Erwachsenen
 Bezugsadresse: Evangelische Kirche der Pfalz
 - Landeskirchenrat -
 Öffentlichkeitsreferat
 Domplatz 5, 67346 Speyer

▶ *Wirtschaften für das Leben. Stellungnahme zur wirtschaftlichen Globalisierung und ihren Herausforderungen für die Kirche. Ergebnisse der Landessynode [der Evangelischen Kirche im Rheinland] 2008, Düsseldorf 2008*

und

▶ *Wirtschaften für das Leben. Arbeitshilfe zur Stellungnahme [der Evangelischen Kirche im Rheinland] 2008, Düsseldorf 2008*

Autor/Hg.: Evangelische Kirche im Rheinland
Themenfokus: Wirtschaftsethik
Art der Materialien: Texte mit Erschließungsfragen
Didaktische Einschätzung: Primär Sachanalysen, nur nachrangig didaktische Reflexionen
Bezugsadresse: Evangelische Kirche im Rheinland
Das Landeskirchenamt, Abt. III
Hans-Böckler-Str. 7, 40476 Düsseldorf
oder
www.ekir.de/ekir/dokumente/ekir2008-05-29textheft-globalisierung.pdf und
www.ekir.de/ekir/dokumente/Textheft_Wirtschaften_fuer_das_Leben_Arbeitshilfe.pdf

▶ *Sozial verantwortliche Beschaffung, Wegweiser für den Einstieg, Reutlingen / Karlsruhe 2010.*

Autor/Hg.: Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt Württemberg/
Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt Baden
Uwe Kleinert, Jens Junginger, Siegfried Strobel
Themenfokus: Praxisorientierte Sensibilisierung für die ethische Implikationen des Einkaufsverhaltens
Art der Materialien: Fünf Schritte zur ökofairen Beschaffung; angewandt auf verschiedene Einkaufsgüter wie Spielwaren, Lebensmittel usw.
Didaktische Einschätzung: Hoher Konkretionsgrad; gut geeignet für Diskussion eigenen Verhaltens
Bezugsadresse: KDA Württemberg
Federnseestraße 4, 72764 Reutlingen, 07121/161771
KDA Baden
Blumenstraße 1-7, 76133 Karlsruhe, 0721/9175
oder
www.woek-web.de/web/cms/upload/pdf/woek/publikationen/kda_2010_sozial_verantwortliche_beschaffung_wegweiser.pdf

▶ *Ghana: Vom bitteren Kakao zur süßen Schokolade – Eine Studie von Südwind*

Autor/Hg.:	Südwind e.V.
Themenfokus:	Wirtschaftsethische Problemanzeige am Beispiel der Kakaoproduktion und des Kakaohandels
Art der Materialien:	Studie mit graphisch aufbereiteten Informationen
Didaktische Einschätzung:	Primär Sachanalyse mit hoher Aktualität
Bezugsadresse:	Südwind e.V. Institut für Ökonomie und Ökumene Lindenstr. 58-60, 53721 Siegburg oder www.suedwind-institut.de/fileadmin/fuer Suedwind/ Publikationen/2011/2011-4_Ghana_Vom_bitteren_Kakao.pdf

DIE BISHERIGEN SAARBRÜCKER RELIGIONSPÄDAGOGISCHEN HEFTE

Heft 1 (2006):

Evangelische Bildungskonferenz Saar: Globalisierung und Bildung – Auswirkungen in der Region

Heft 2 (2006):

Martin Stöhr: Abrahamische Ökumene – Leitbild für Theologie und Religionsunterricht?

Heft 3 (2006):

Bernhard Dressler: Religiöse Bildung in der Schule „nach PISA“ – warum und wozu?

Heft 4 (2007):

Konfessionen und Religionsgemeinschaften im Saarland – Selbstdarstellungen

Heft 5 (2007):

Eröffnung Werkstatt Religionsunterricht – Rainer Lachmann: 40 Jahre religionspädagogische Mittäterschaft

Heft 6 (2007):

Evangelische Stadtkirchenarbeit in Saarbrücken

Heft 7 (2008):

Arnulf von Scheliha: Die Reformation geht weiter. Zur Umformung des christlichen Denkens in der Neuzeit

Heft 8 (2008):

1968 und die Religionspädagogik im Saarland (mit Beiträgen von Lore Schmeling und Wolfgang Klein)

Heft 9 (2009):

Friedrich Schweitzer: Was heißt Schülerorientierung im RU?

Heft 10 (2009):

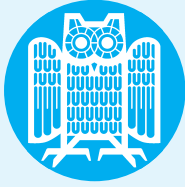
Fritz Lienhard: Die Kirchen in Deutschland und Frankreich – Beobachtungen eines Grenzgängers

Heft 11 (2010):

50 Jahre BRU und Bezirksbeauftragung im Saarland

Heft 12 (2010):

Hat König David nie existiert? Alttestamentliche Forschung und Religionsunterricht



Zu den Saarbrücker Religionspädagogischen Heften

Seit dem Jahr 2006 gibt die Fachrichtung Evangelische Theologie der Universität des Saarlandes die „Saarbrücker Religionspädagogischen Hefte“ heraus. In lockerer Folge werden darin

- theologische bzw. religionspädagogische Vorträge oder Aufsätze,
- Dokumentationen,
- Unterrichtsentwürfe und -materialien für den evangelischen Religionsunterricht

veröffentlicht.

Es handelt sich um Beiträge, von denen wir meinen, dass sie für Religionslehrerinnen und -lehrer sowie alle Anderen, die insbesondere im Saarland an Fragen evangelischer Bildungsverantwortung interessiert sind, aufschlussreich und anregend sein können.

Um die Hefte zu einem anregenden Forum zu gestalten, laden wir Religionslehrerinnen und -lehrer aller Schulformen, Theologinnen und Theologen und andere religionspädagogisch Aktive ein, uns eigene Arbeiten, die zur Wahrnehmung von Bildungsverantwortung aus evangelischer Perspektive beitragen können, zur Veröffentlichung zuzusenden.

Vor der Veröffentlichung behalten wir uns allerdings eine Prüfung vor.

Die Hefte sind gegen eine Schutzgebühr (Selbstkostenpreis) im Sekretariat unserer Fachrichtung (0681/302-4376 oder -2349) erhältlich; sie stehen unter www.uni-saarland.de/EvangelischeTheologie zum kostenlosen Download zur Verfügung.

Verantwortlich für die Herausgabe und im Sinne des Presserechts:

Professor Dr. Bernd Schröder
Universität des Saarlandes
Fachrichtung Evangelische Theologie
Postfach 15 11 50
66041 Saarbrücken
0681/302-2949
b.schroeder@mx.uni-saarland.de